

Sichere Zukunft für Salzburg

Landtagswahl 2018

Das Freiheitliche Programm für Salzburg



Inhaltsverzeichnis

Grußworte	Seite 5
Salzburgs Stillstandspolitik – Eine traurige Bilanz	Seite 6
Auf den Punkt gebracht	Seite 8
Arbeit und Wirtschaft	Seite 16
Asyl und Integration	Seite 22
Bauen und Wohnen	Seite 24
Europäische Union	Seite 28
Gesundheit	Seite 30
Landesverteidigung und Sicherheit	Seite 32
Medien und Kultur	Seite 34
Heimische Kultur und Brauchtum	Seite 36
Bildung und Ausbildung	Seite 38
Raumordnung	Seite 40
Senioren und Altenbetreuung	Seite 44
Soziales	Seite 46
Jugend, Frauen und Familie	Seite 48
Umweltschutz ist Heimatschutz	Seite 50
Land und Forstwirtschaft / Fischerei	Seite 52
Verkehr und Infrastruktur	Seite 58
Tourismus	Seite 62

Liebe Salzburgerinnen und Salzburger!

Wenn ich mit den Menschen in unserem Land rede, dann höre ich oft, was sie an Salzburg am schönsten finden. Meist sind das die Traditionen, Feste und natürlich die Salzburger Kultur. Oft geht's ums Skifahren im Winter. Die Bergtouren im Frühjahr oder um unsere wunderschönen Seen. Ja, und darauf können wir so unheimlich stolz sein: Die hohe Lebensqualität. Einfach das Gefühl, ein Teil Salzburgs zu sein.

**Ich höre aber auch oft von großen Sorgen.
Und wie sich dieses Land in den letzten Jahren für sie verändert hat.**

Ja, ich bin jung. Aber was ich mit meinen 25 Jahren bereits erfahren durfte, ist, dass ein Politiker, der glaubt, alles zu wissen, den Menschen nur nie genau zugehört hat. Jemand, der glaubt, keine Fehler zu machen, hat nur aufgehört, an sich selbst zu arbeiten. Ich bin davon überzeugt, es gibt nicht nur eine Lösung, auch nicht den perfekten Weg, aber es gibt den richtigen zur rechten Zeit.

Wenn ich mich mit den Menschen unterhalte, dann will ich ihnen nicht erzählen müssen, dass wir die Chance auf eine sichere Zukunft verpasst haben. Es liegt an uns, alles dafür zu tun, damit Salzburg auch in Zukunft sicher bleibt. Wir müssen die besten Rahmenbedingungen für unsere Unternehmer schaffen, damit es wieder Freude macht, auch in den ländlichen Regionen selbständig zu sein. Und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen - auch abseits des Zentralraums - attraktive Bildungsangebote, um die anhaltende Landflucht zu stoppen. Ja, und die Salzburgerinnen und Salzburger sollen sich auch in Zukunft auf eine funktionierende Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen verlassen können.

Ich will ihnen mit Stolz erzählen können, dass wir gemeinsam die Chance ergriffen haben. Die Chance auf einen Neubeginn und eine gedeihliche Zukunft. Die Chance auf den Salzburger Frühling.

Mit herzlichen Grüßen



NAbg. Marlene Svazek, BA
FPÖ-Spitzenkandidatin



PRÄAMBEL:

Salzburgs Stillstandspolitik – Eine traurige Bilanz

Nach dem von der rot-schwarzen Landesregierung verursachten Finanzskandal und den daraus resultierenden Neuwahlen 2013, rief Landeshauptmann Haslauer den Salzburger Weg einer neuen Politik im Bundesland aus. In den Vordergrund stellte er Ausgabenkürzungen, Transparenz, leistbares Wohnen, Baulandmobilisierung, Arbeitsplatzschaffung und Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte.

Doch was ist von diesem „Vertrag für Salzburg“ für den Bürger im Endeffekt übrig geblieben? Nichts als reine Ankündigungspolitik ohne Umsetzung. Die alten verkrusteten Strukturen konnten genauso wenig aufgebrochen werden, wie positive Aspekte für eine sichere und faire Zukunft Salzburgs gesetzt werden. Lediglich die Einzementierung eigener Machtstrukturen der alten ÖVP in der Beamten-schaft durch Objektivierungs- oder Personalvertretergesetz wurde – wohl eher im Eigeninteresse, anstatt zum Allgemeinwohl - etabliert. Während die türkis-blaue Bundesregierung tatsächlich eine notwendige Veränderung lebt, täte der schwarzen ÖVP in Salzburg frischer Wind und eine Veränderung gut, denn diese verharrt im alten Trott. Landeshauptmann Wilfried Haslauer steht für die alte ÖVP,

für eine falsche Willkommenskultur, unerbittliche Machtpolitik, wirtschaftlichen Stillstand und soziale Kälte. Dies manifestiert sich auch in der Umsetzung des Arbeitsübereinkommens der schwarz-grünen Landesregierung. 435 Ziele hat man sich zur Aufgabe gemacht, wobei ein Großteil davon auch abgearbeitet wurde - auf den ersten Blick eine beachtliche Leistung. Genauer betrachtet bestätigt sich jedoch der Stillstand, den uns diese Landesregierung vorgelebt hat. Lediglich Orchideenthemen konnten umgesetzt werden, die brennenden Anliegen wurden eher stiefmütterlich behandelt und entweder außer Acht gelassen, oder vollkommen an die Wand gefahren. Bereits nach der Umstellung einer sehr langen bewährten und erfolgreichen Wohnbauförderung auf Einmalzu-





schüsse, wobei keine Rückflüsse ins Wohnbaubudget zu verzeichnen sind, ging dem Ressort das Geld aus. Ganz zu schweigen von der intransparenten und sozial unausgewogenen online Antragsstellung, welche Millionenvillen förderte und nach dem First-Come-First-Served-Prinzip Antragsteller im Regen stehen lässt. Die von der ÖVP mitgetragene und von den Grünen durchgeboxte Raumordnungsnovelle wird weder die Zweitwohnsitzproblematik beheben, noch leistbaren Wohnbedarf lukrieren können, sondern zu unglaublichem Unrecht hinsichtlich der verfassungsrechtlich bedenklichen Rückwidmung von Bau- in Grünland führen. Die ländlichen Verkehrsstrukturen bedürfen sowohl beim Individualverkehr, als auch beim öffentlichen Transport immenser Nachbesserungen und bis heute drängen Landeshauptmann Haslauer und

die ressortzuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Rössler auf die Durchsetzung der 380kV-Leitung durch unser touristisch geprägtes Naturjuwel wie den Nockstein. Der Traum von einem günstigen Jahresticket für den öffentlichen Verkehr, wie es etwa in anderen Bundesländern bereits angeboten wird, ist weiter entfernt denn je. Genauso dramatisch gestaltet sich das vermurkste Naturschutzgesetz, welches – im Zusammenhang mit der 380kV-Leitung – die Käuflichkeit der Natur durch finanzielle Ersatzleistungen unterstützt. Absoluter Stillstand herrscht auch in der Asylpolitik. Die Weigerung der anscheinend amtsmüden Landesregierung, die Flüchtlingskosten zu reduzieren zeigt eine Realitätsverweigerung und Missachtung der Anliegen der Salzburger Bevölkerung. Flüchtlingen, die noch nie in unser Sozialsystem einbezahlt haben, annähernd so viel an Geldmittel auszuzahlen, wie so manchem Salzburger zur Verfügung steht, der jedoch 40 Stunden pro Woche arbeiten geht und damit unseren Wohlfahrtsstaat finanziert, ist nicht fair. Im Zuge der Flüchtlingswelle wurde auch das Thema Sicherheit schwer vernachlässigt. Während gerade Frauen immer öfter Opfer sexueller Gewalt kulturfremder Zuwanderer werden, die Kriminalitätsstatistik ausländischer Straftäter beinahe explodiert und man in unseren Justizvollzugsanstalten die deutsche Sprache nur noch selten hört, ist die einzige Lösung der alten ÖVP etwa die Sitzgelegenheiten am Hauptbahnhof abzumontieren, anstatt ernsthafte Lösungen anzubieten.

Diese systematische Arbeitsverweigerung und augenscheinliche Resignation der schwarz-grünen Landesregierung, die Stillstands-, Verbots- und Verhinderungspolitik ist mutlos und wird in Zukunft unser Bundesland nicht weiterbringen. Gerade jetzt müssen wir Stillstand vermeiden und mutig handeln. Das Ziel für die Landtagswahl am 22. April 2018 muss es sein, so stark zu werden, dass kein Weg an einer Regierungsbeteiligung der FPÖ vorbeigeht und die erfolgreichen Beispiele einer Koalition mit der FPÖ sowohl im Bund, als auch in Oberösterreich und im Burgenland, auf Salzburg übertragen werden können. Die Bürger verdienen eine Politik, die sich zukunftsbewusst und konzentriert den Anforderungen und Herausforderungen der kommenden Jahre stellen möchte. Die Freiheitlichen sind ein Garant dafür, dass die Fehler und Versäumnisse der letzten fünf Jahre ausgebessert werden. Zum Wohle unserer Heimat Salzburg wird mit Ihrer Stimme für die FPÖ ein Grundstein für eine bessere Zukunft gelegt.

Auf den Punkt gebracht

Von einer Sache überzeugt sein, gibt Dir die Sicherheit, es auch zu tun.

© Katharina Eisenlöffel (*1932), österreichische Aphoristikerin

Schütz' dieses Länd

- Sicheres Salzburg und Schutz vor Kriminalität
- Sichere Arbeitsplätze und gesunde Unternehmen
- Sichere Gesundheitsversorgung in allen Bezirken
- Sichere Pflege für ein Altern in Würde



FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Marlene Svazek:

Salzburger Frühling

Schütz' dieses Länd

Für eine sichere Zukunft

Schätz' Dei Dahoam

- Nein zur 380kV-Freileitung durch Salzburg
- Keine Naturzerstörung durch den Steinbruch am Lidaun
- Raumordnung vernünftig überarbeiten
- Rückendeckung für unsere Landwirte und unsere Jäger

Salzburger Frühling

Schätz' Dei Dahoam

Für eine sichere Zukunft

Nutz' Herz und Vaständ

- Gesamtmobilitätskonzept statt teurer Einzelmaßnahmen
- Leistbare Miet- und Wohnpreise für Salzburger
- Soziale Gerechtigkeit sicherstellen
- Salzburger Familien fördern und unterstützen

Salzburger Frühling

Nutz' Herz und Vaständ

Für eine sichere Zukunft

So geht Gerechtigkeit!

- Sozialmissbrauch eindämmen
- Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylanten
- Indexierung der Familienbeihilfe
- Sozialwohnungen primär für Österreicher
- Sicherung des Sozialstaates
- Bettelmafia hat in Salzburg keinen Platz
- Unterstützung heimischer Familien
- Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie optimieren
- Qualifikation statt Quote
- Gleichberechtigung statt Gleichmacherei
- Nulltoleranz bei Gewalt an Frauen



So lässt's sich arbeiten!

- Sektorale Arbeitsmarktbeschränkung
- Lohndumping entgegenreten
- Stärkere Einbindung von Betrieben in universitäre Forschungsprojekte
- Innovationsstipendien für StartUps
- Ausbau der Möglichkeiten „Lehre mit Matura“
- Steuerentlastungen für Unternehmer auf Leistung
- Förderung für Betriebe die der Generation 50+ Perspektiven geben
- Vereinfachung und Entbürokratisierung im Bereich Umwidmungen von Wirtschaftsimmobilien
- Weg mit ideologischen Scheuklappen hin zu einer standortbasierten und von Vernunft getragenen Wirtschafts- und Standortpolitik



So geht Recht und Ordnung!

- Verbot des politischen Islam - keine Scharia
- Deutsch ist Pflicht
- Sachleistungen statt Geldleistungen
- Abschiebung straffälliger Flüchtlinge
- Importierte häusliche Gewalt hat keinen Platz bei uns!
- Unser Land - unsere Regeln

So lässt's sich wohnen!

- Salzburger zuerst
- Transparenz beim sozialen Wohnbau
- Faires Vergabesystem
- Treffsichere Wohnbauförderung
- Familienfreundliches und generationengerechtes Wohnen
- Lebenswerter und leistbarer Wohnraum



So schaffen wir Lebensqualität!

- Rechtssicherheit hinsichtlich Rückwidmungen
- Europark-Erweiterung schafft Arbeitsplätze
- Verantwortung bei Siedlungsbau
- Räumliche Entwicklungskonzepte für Gemeinden
- Stärkung ländlicher Gemeinden – Abwanderung entgegenwirken
- Ortskernstärkung
- Zweitwohnsitzabgabe

So schützen wir unser Land!

- Nein zur 380kV-Freileitung
- Nein zum Steinbruch am Lidaun



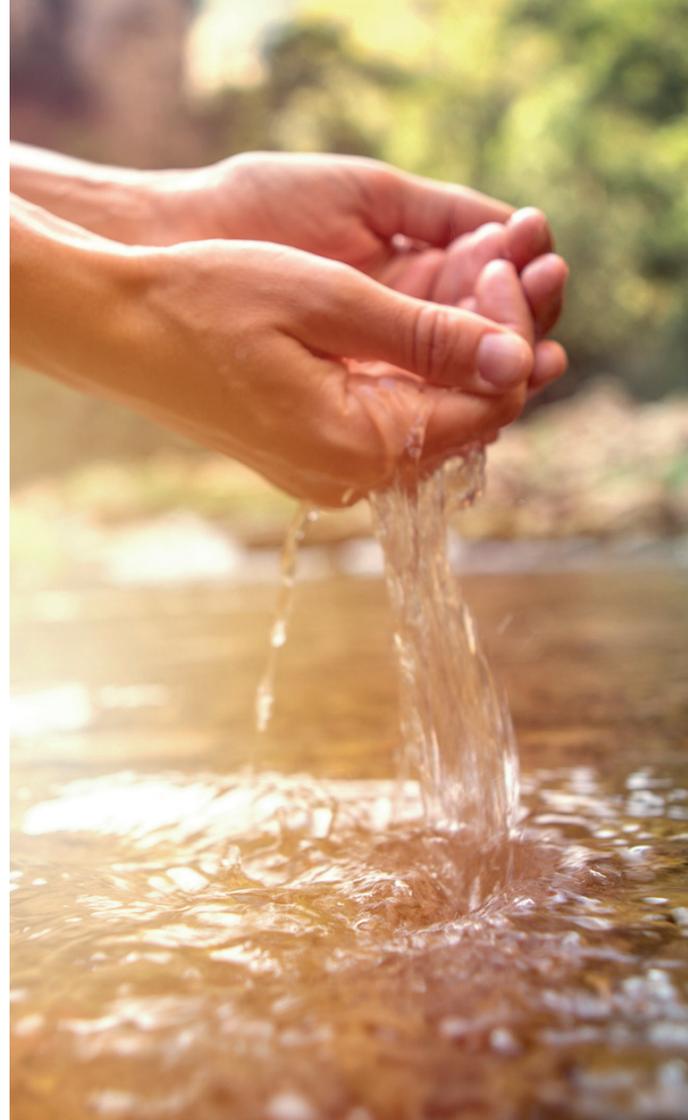
So fährt Salzburg!

- 365 € – Jahresticket für ganz Salzburg
- Weg mit der IG-L Beschränkung
- Vollanschluss Hagenau statt Gitzentunnel
- Ausbau der Infrastruktur im Innergebirg
- Park&Ride – Parkplätze in Kombination mit günstigem Öffi-Ticket
- O-Buserweiterung in die Umlandgemeinden der Landeshauptstadt
- Ausbau der Stadtregionalbahn
- Überparteiliches Verkehrsgesamtkonzept



So grün sind wir!

- Naturschutz ist Heimatschutz
- Kein Ausverkauf des heimischen Wassers und keine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
- Generelles Schächtverbot
- Pro Jagd – mehr Bio geht nicht!
- Schutz der Artenvielfalt
- Konsequente Umstellung der Energieversorgung auf heimische und erneuerbare Ressourcen
- Naturschutz in einer Partnerschaft von Landwirtschaft, Wirtschaft, Jagd und Fischerei
- Biodiversität bei Lebensmittel für nachfolgende Generationen erhalten



So lässt's sich erholen!

- Salzburgs Charme und regionalen Charakter erhalten
- Tourismusregionen vor allem im Ausbau des Sommertourismus unterstützen
- Tourismusberufe attraktivieren
- Salzburg als Vorreiter in der Ausbildung touristischer Spitzenfachkräfte etablieren



So schützen wir Salzburg!

- Polizei verstärken
- Kasernenstandorte erhalten
- Höhere Strafen für Sexualdelikte und Gewaltverbrechen
- Grenzsicherung garantieren
- Abschiebung straffälliger Ausländer
- Verbleib der Polizeischule in Großgmain



So funktioniert Europa!

- Indexierung der Familienbeihilfe
- Renationalisierung von Kompetenzen
- Subsidiarität
- Rückführung straffälliger Immigranten
- Schutz der europäischen Grenzen
- Euregio-Projekte fördern
- Erhalt unserer Traditionen



So „festspielen“ wir!

- Heimische Kulturbräuche fördern
- Förderung einer unabhängigen Medienlandschaft (Funk, Print und Fernsehen)
- Erhaltung der musikalischen Früherziehung
- Projektförderung statt Sponsoring linker Kulturlobbys
- Kooperation von kulturellen Einrichtungen in Stadt und Land verbessern
- Mehr Transparenz im Kulturförderdschungel
- Abschaffung der GIS-Gebühr





So lässt's sich lernen!

- Differenzierten Schulsystem
- Deutsch vor Schuleintritt
- Deutschpflicht in Schulen
- Schulautonomie stärken
- Regionale Verbundenheit fördern
- Beibehaltung von Sonder- bzw. Förderschulen
- Zeitgemäßes und praxisgerechtes Studieren
- Land Salzburg soll Modellregion für verpflichtende Ersthelferkurse an Schulen werden

So lässt's sich leben!

- Altersarmut entgegenwirken
- 1.200 € Netto – Mindestpension
- Senkung der Lohnnebenkosten der Generation 50+
- Mobilität garantieren
- Pflegende Familienmitglieder entlasten
- Hauskrankenpflege stärken
- Generationenübergreifendes Wohnen forcieren



So bleibt Salzburg fit!

- Krankenhausstandorte erhalten
- Vorsorge ist gesünder
- Bewegung und gesunde Ernährung
- 24 Stunden Notaufnahme gewährleisten
- Stärkung des niedergelassenen Bereichs
- Entbürokratisierung in der Krankenhausverwaltung
- Medizinstudenten in Österreich binden

Arbeit und Wirtschaft

„Müde macht uns die Arbeit, die wir liegen lassen,
nicht die, die wir tun!“

Marie von Ebner-Eschenbach

Vorbereitung auf eine optimistische Zukunft

Die Wirtschaft erholt sich. Einer der Belege dieser Annahme ist der Anstieg offener Stellen am Arbeitsmarkt in den letzten Monaten. Das klingt zunächst vielversprechend. Doch auch wenn die Zahl der offenen Stellen steigt, so kann man leider auch beobachten, dass die Anzahl der Arbeitslosen dennoch nicht abnimmt. Aber woran liegt das?

Eine Begründung der nicht abnehmenden Zahl an Arbeitslosen lässt sich erstens darin finden, dass ein enormer Zuzug billiger Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU nach Österreich gebilligt wird. In den letzten Jahren hat sich dadurch ein vehementer sozialer Druck aufgebaut, sodass sich österreichische Arbeitsuchende immer mehr mit der Konkurrenz aus dem Osten rivalisieren müssen. Frei nach dem wirtschaftlichen Prinzip bestimmt das Angebot schließlich den Preis. Das hohe Angebot an Arbeitskräften wirkt sich somit negativ auf den Preis der Arbeit – den Lohn – aus. Die Freiheitlichen treten genau deshalb seit Jahren für eine sektorale Arbeitsmarktbeschränkung ein, um den Preis der Arbeit auf Dauer zu schützen und dem Lohndumping entgegenzuwirken.

Ein zweiter Grund liegt darin, dass Asylanten - nach positivem Asylbescheid - nun für den Arbeitsmarkt zugelassen sind, doch aufgrund des durchschnittlich niedrigen allgemeinen Qualifikationsprofils nur schwer den Bedingungen des österreichischen Arbeitsmarktes entsprechen.

Die Chancen sehen

Neben dem Umgang mit Lohndumping wird wohl eine der wichtigsten Fragen der kommenden Jahre jene sein, wie wir in der Arbeitswelt eine Symbiose zwischen Mensch und Maschine schaffen können. Auch wenn es derzeit so aussehen mag, den es in diver-

sen Branchen zu einem Verdrängungswettbewerb kommt, so schaffen etwa Technisierung und Digitalisierung gleichzeitig auch eine Bandbreite an Chancen. Und damit gewiss auch Hoffnung. Die wichtigste Aufgabe für uns besteht nun darin, die Bürger auf die voranschreitenden Veränderungen am Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Doch es gibt auch gute Nachrichten

Es wird nach wie vor topausgebildetes Fachpersonal benötigt. Nun liegt es auch an der Politik, jene Möglichkeiten zu schaffen, damit dieses Personal - durch die richtige Ausbildung - den Voraussetzungen des Arbeitsmarktes gerecht wird. Nehmen wir an, der Bedarf besteht und es eröffnet ein Themenhotel in der gutbesuchten und wunderschönen Skiregion Filzmoos. Abgesehen vom Personal für Planung und Bau wird der Betrieb dieser Herberge schließlich auch Köche, Zimmermädchen und eine Rezeptionistin benötigen. Dazu einen Hausmeister, den Hotelmanager und eine Vielzahl an Animatoren.

Hinzu kommt: Durch das Internet wurde die Informationsasymmetrie zwischen Käufer und Verkäufer immer weiter verringert. Der Kunde besitzt nun Informationen über das Angebot, das seinen Preis-Leistungsbedürfnissen ideal entspricht und bucht sich das gewünschte Hotel bzw. Reiseangebot somit individuell im WWW. Deshalb brauchen Hotels seit geraumer Zeit auch jemanden, der den Onlineauftritt,



die Webseite gestaltet und wartet. Einen Profi, der soziale Medien mit Fotos, Videos und Geschichten versorgt und die Fachkraft, die im internationalen Raum neuerdings mit „Bloggern“ und „Influencern“ korrespondiert, Werbung für das Unternehmen macht und gleichzeitig elektronische Anfragen beantwortet.

Ein neuer Arbeitsmarkt

Auch wenn in Zukunft ein Großteil der Jobs der Automation zum Opfer fallen wird, so bietet die voranschreitende Automation auch wieder attraktive Arbeitsplätze in neuen, spannenden Berufsfeldern. Grundvoraussetzung für die Teilnahme an diesem „neuen“ Arbeitsmarkt ist eine treffsichere Aus- und Weiterbildung. Deshalb geht es uns darum, den Markt zu erkennen und zielgerichtet die gefragten Maßnahmen ins Auge zu fassen.

Falsche Strategien

Natürlich könnte man auch vor dieser Entwicklung zurückschrecken, wie es die Sozialdemokratie in den letzten Jahren versucht hat. Die Notbremse ziehen und eine Exit-Strategie aus dem Wettbewerb vorbereiten, um darauf ver-

einfachend die Situation zu interpretieren und eine mindestens genauso einfache „Lösung“ anzubieten: Die Einführung einer österreichweiten Maschinensteuer beispielsweise. Eine Steuer, die Unternehmer unseres Landes noch intensiver zur Kasse bitten würde und mit den lukrierten Einnahmen ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzieren. Dazu sagen wir ausdrücklich: Nein!

Denn was passiert?

Die steigende Steuerbelastung führe dazu, dass weitere Betriebe dem Wirtschaftsstandort den Rücken kehren. Das beginnt jetzt bereits dank der Vielzahl an Bagatellsteuern (Werbeabgabe, Schaumweinsteuer, etc.) und der enormen Belastung durch Lohnnebenkosten. Mit einer weiteren Steuer auf Leistung und Produktivität verstärken wir nur noch den Anreiz, den der Billiglohnmarkt in Osteuropa ohnehin schon bietet. Wenn wir schon dabei sind: Die dringendste Antwort blieb uns die Sozialdemokratie bisweilen noch schuldig, denn wer soll denn dieses bedingungslose Grundeinkommen überhaupt finanzieren, Wenn es niemanden mehr gibt, der die dafür



notwendige Wirtschaftsleistung und die damit verbundene Steuerlast verrichtet?

Sozusagen ist dies nur ein kurzfristiger Ansatz, der für einen Moment das Problem versteckt, aber in Wahrheit niemals lösen können wird. Dass man sich von derart sozialdemokratischen Spielchen, die vereinfachend verführen, keinesfalls blenden lassen soll, wissen wir doch spätestens seit der Aktion 20.000.

Ein sozialdemokratisches Blendemanöver

Oder zumindest der unreflektierte Marketing-Gag einer Beschäftigungsinitiative für Arbeitssuchende (50+) der letzten Bundesregierung. Eine erste Zwischenevaluierung zur Aktion 20.000 ergab nämlich, dass seitens der Vereine und Firmen nur wenig Interesse bestehe, somit lediglich die öffentliche Hand für diese Be-

schäftigungsmaßnahme Rechnung trage. Nachdem die Finanzierung dieses Modells ausgelaufen ist, verschwinden diese Arbeitsplätze leider wieder, damit die Würde jedes einzelnen Menschen, der sich erneut auf die haltlosen Versprechen einer antiquierten Politik verlassen hat. Eine Maßnahme der Vorgängerregierung, um die Arbeitslosenstatistik medienwirksam vorübergehend zu schönen, ohne Nachhaltigkeit.

Das Arbeitsmarktservice

Sofort fühlt man sich an den generellen Umgang der Sozialdemokratie mit ihren Arbeitssuchenden erinnert. Das AMS, dessen Kernaufgabe als Arbeitsamt es sein sollte, Arbeit zu vermitteln, wurde in der Zeit der SPÖ-Sozialminister zum Belästigungsapparat gegen ohnehin bereits demoralisierte Arbeitssuchende.

Akademiker wurden in Computereinschaltkurse geschickt, für Manager organisierte man Bewerbungstrainings. Man hat die Menschen nicht nur dadurch verhöhnt, indem man an ihnen vorbeigeschult hat, sondern erst gar nicht auf ihre Qualifikationen und Talente eingegangen ist. Die einzigen Profiteure dieser Beschäftigungsmaßnahmen waren SPÖ-nahe Fortbildungsinstitute. Deshalb wird es auch notwendig sein, den Förderapparat der letzten Jahre genauestens unter die Lupe zu nehmen und aufzuarbeiten.

Lieber besser gemacht, als gut gemeint

Ob nun die Maschinensteuer, die Aktion 20.000 oder die Zwangsbeschäftigungsmaßnahmen durch das AMS. Dies alles sind Ideen einer veralteten, verkrusteten Arbeitspolitik, eine Politik, die es nun gilt, aufzubrechen.

Begegnen wir der Auseinandersetzung mit dem Begriff der Arbeit nun weniger pragmatisch. Setzen wir uns auch damit auseinander, welchen Wert Arbeit in unserer Gesellschaft überhaupt besitzt? Arbeit ist nicht mehr eine reine Beschäftigungsmaßnahme und bedeutet vor allem Perspektive und Sinnstiftung. Es ist der Wunsch jedes Menschen, ein produktives Werk zu verrichten. Wirtschafts- und Arbeitspsychologen haben sich in den letzten Jahren intensiv mit der Fragestellung auseinandergesetzt, welche Maßnahmen gesellschaftspolitisch realistisch sind. Eine aktuelle Studie spricht sogar davon, dass Menschen, die einer,

nicht ihrer Ausbildung und Qualifikation entsprechenden, Tätigkeit nachkommen, sich gar relativ schnell in der Arbeitslosenstatistik wiederfinden.

Wir, die Freiheitlichen in Salzburg, möchten deshalb eine Alternative bieten. Ein nachhaltiges Angebot schaffen, das den Wirtschaftsstandort, die Arbeitsplätze und damit auch den Wohlstand in diesem Land weiterhin gewährleistet. Gleichzeitig muss uns klar sein, dass unser wirtschaftlicher Rahmen lediglich unter Berücksichtigung eines globalen Wettbewerbs geschehen kann.

Hierbei gibt es nicht nur eine Palette von Überlegungen und Maßnahmen, sondern um eine grundsätzliche Positionierung, mit dem Blick auf eine nachhaltige und sichere Zukunft. Und damit beginnen wir in Salzburg.

Maßnahmen der Bildung

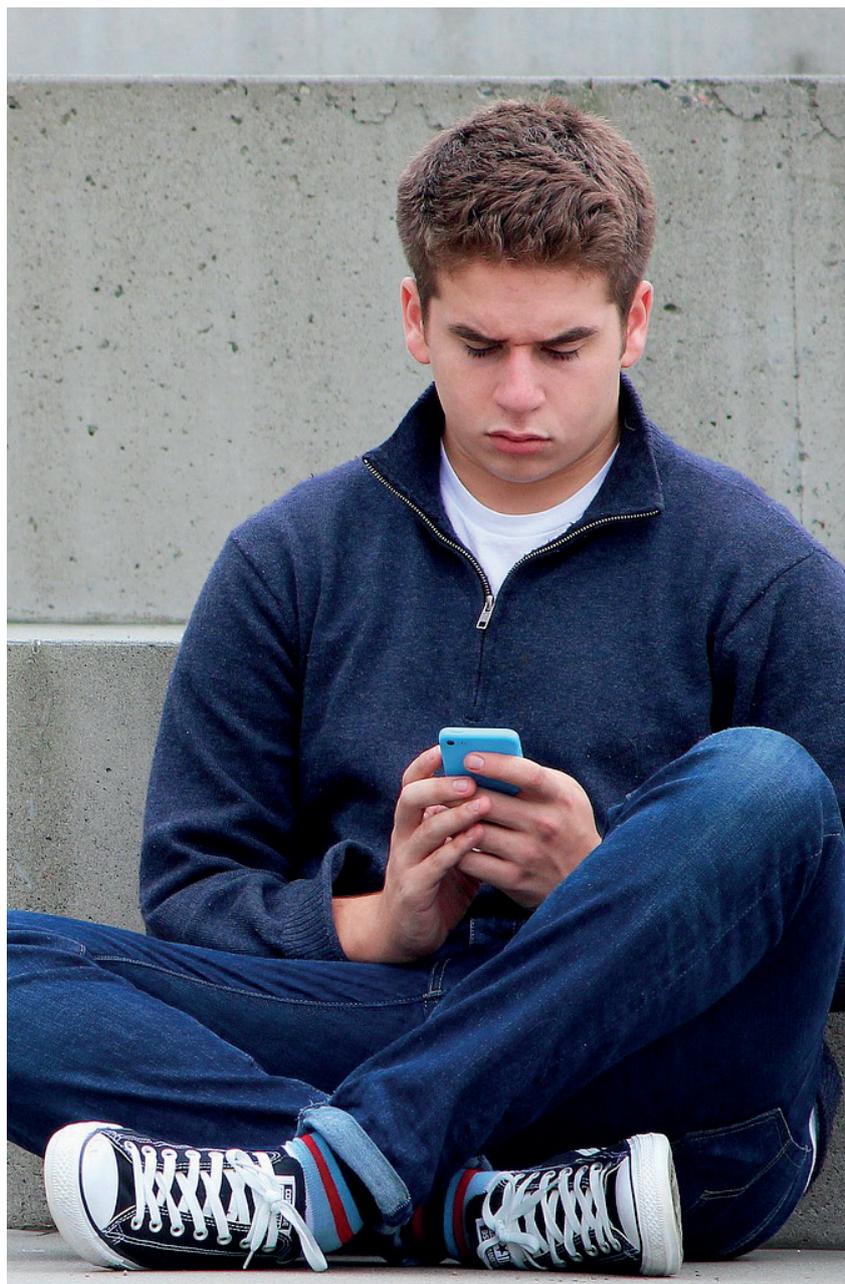
Zunächst beginnen wir an der Reform der Ausbildung von Arbeitsuchenden. Eine mehrstufige AMS-Reform soll dabei gezielte Fördermaßnahmen für Arbeitsuchende setzen. Dabei wird aber nicht nur das Angebot durchforstet, sondern auch die Inhalte jener Lehrinstitute untersucht, die bisher ihre Aufträge des AMS erhalten haben. Wichtig ist es, auf den Anspruch des Arbeitsmarktes zu reagieren und den Menschen in der Zeit ihrer Weiterbildung nicht nur eine Beschäftigungsmaßnahme aufzuerlegen.

Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut

Im Jahr 2016 erreichte Salzburg einen traurigen Rekord bei Jugendarbeitslosigkeit. Nur 22 Prozent der Betriebe bildeten aus und das bedeutete, dass von den rund 13.000 Betrieben in Salzburg nur noch 2.890 junge Leute in Lehre waren. Die Ausbildung von Jugendlichen muss für die heimischen Betriebe wie im Handel, Tourismus oder in der Industrie weiter attraktiviert werden. Aktuell ist ein starker Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen festzustellen und dieser wirtschaftliche Trend soll so bleiben. Als Freiheitliche sehen wir es als unsere Pflicht an, die Jugend mit einem positiven Ausblick auf Chancen zur Lebensverwirklichung aufwachsen sehen zu können.

Besondere Aufmerksamkeit sollte das Thema Jugendarmut bekommen. Die prekären Ar-

beitsverhältnisse, die sinkenden Einkommen und die Chance auf eine Gehaltserhöhung ist bei den Jungen eher gering. Die Lohnsteigerung der Einkommen der unter 19-Jährigen liegt unter der Inflationsrate. Diese Situation wird dadurch bestärkt, dass immer mehr Jugendliche in geringfügigen Arbeitsverhältnissen (maximal 415,72 Euro/Monat) sind. Ein Fünftel der geringfügig Angestellten sind unter 25 Jahre alt. Mit 31 Prozent sind junge Frauen überproportional betroffen. Dass Jugendliche in Salzburg ohne soziale Sicherheit, Zukunfts- und Karriereperspektiven ins Leben starten, darf nicht sein. Während Deutschland es schaffte, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 2011 auf 2016 um 18 Prozent zu senken, gibt es in Österreich im gleichen Zeitraum 20 Prozent mehr junge Menschen, die Arbeit suchen, was ein völliges Versagen der Arbeitsmarktpolitik zeigt.





Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Wenn uns die letzte Regierung eines gezeigt hat, dann, dass der Versuch der Übereinkunft zweier unmittelbar konträrer wirtschaftspolitischer Positionen nie einen Konsens, nicht einmal den Kompromiss finden wird, sondern lediglich den Stillstand. Dabei bedarf es in Zeiten rascher Veränderung einer Politik, die sich zeitnah den aktuellen Herausforderungen widmet und in wirtschaftspolitischen Fragen rasch reagiert. Denn eine gut funktionierende Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für unseren Wohlstand und Stabilität.

Noch immer werden - dem Paradigma „Arbeitgeber gegen Angestellte“ entsprechend - Wirtschaft als ein System des Gegeneinanders erlebt. Dabei beschreibt die Ökonomie als die Gesamtheit der Handlungen zur planvollen Befriedigung der Bedürfnisse unserer Gesellschaft genau das Gegenteil: Einen Prozess, der auf Kommunikation und einem gesunden Miteinander beruht. Auch wenn sich dadurch bestimmte politische Parteien guillotiniert fühlen, die Zeit des Klassenkampfes ist vorerst vorbei, da wir nun neuen Herausforderungen in einer globalisierten Wirtschaft begegnen. Hier stehen heimische Anbieter in direkter Konkurrenz zum Mitbewerber auf der ganzen Welt. Das hat mehrfache Gründe:

Schranken der Verwaltung

Die Schranken und Fesseln der Verwaltung, sowie parteipolitische Machtspielchen der letzten Jahre haben dafür gesorgt, dass ein regionales wirtschaftliches Wachstum und ein Beschäftigungsanstieg schlichtweg verhindert

wurden. So würde eine Umwidmung bestimmter Wirtschaftsflächen im Salzburger Umland dafür sorgen, dass nicht nur hunderte langfristige Arbeitsplätze, getragen von der Privatwirtschaft, geschaffen werden könnten. Darüber hinaus zeigen Studien, dass die Einkaufsmöglichkeiten Salzburgs Peripherie nicht zur Schwächung der Ortskerne führe, im Gegenteil, vermehrt deutsche Bundesbürger erfreuen sich der Geschäfte im deutsch-österreichischen Grenzgebiet. Die Grünen in Salzburg hingegen befürchten jedoch, dass ein Entgegenkommen zu „argwöhnischem Verhalten“ seitens deutscher Wirtschaftstreibender führen könnte. Wir Freiheitlichen fordern daher eine Vereinfachung und Entbürokratisierung bei Umwidmungsverfahren von Wirtschaftsflächen, zum Wohle unseres Wirtschaftsstandortes und dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Zunächst ist es für heimische Betriebe oft schwierig, aufgrund der hohen Steuerbelastung, mit Konkurrenzbetrieben aus dem internationalen Raum mithalten. Unternehmen, die aufgrund ihres Standortes ein geringeres Maß an Steuern zu verrichten haben, besitzen prinzipiell einen Wettbewerbsvorteil gegenüber österreichischen Unternehmen und schaffen damit Marktzutrittsbarrieren für neue Innovationen und Geschäftsideen in Österreich. Doch auch innerhalb von Österreich gibt es diesbezüglich schon große Unterschiede. Ein Problem, mit dem sich viele Unternehmer konfrontiert sehen, ist die Tatsache, dass sie ihre Lehrlinge bestmöglich ausbilden und diese unmittelbar nach erfolgreichem Ab-

schluss der Lehre von Behörden und Verwaltung des Landes Salzburg abgeworben werden, die mit allerlei attraktiveren Rahmenbedingungen winken. Lehrlinge auszubilden kostet Ressourcen, Zeit und Geld.

Das Land Salzburg nimmt Unternehmern oft nicht nur einen, sondern gleich zwei, drei ausgebildete Lehrlinge weg und das unmittelbar nach Abschluss ihrer Ausbildung. Wir regen daher eine Diskussion darüber an, ob das Land Salzburg betroffenen Unternehmern, wenn sie unmittelbar nach Beendigung der Lehre abgeworben werden, nicht einen Ausgleich an das betroffene Unternehmen zahlen sollten, da das Land selbst nur wenige Menschen ausbildet, aber vom Know-How der Lehrlinge dieser Unternehmer profitiert.

Wirtschaftsfördermodelle unserer Nachbarn

Ziel muss sein, die Rahmenbedingungen für Wirtschaftstreibende in unserem Bundesland so zu verbessern, dass wir einer Binnenabwanderung, wie wir sie in den letzten fünf Jahren in Salzburg erleben konnten, zukünftig entgegenwirken. Die Firma Lugstein (120 Mitarbeiter), Motion06 (30 Mitarbeiter) oder die KS Pharma GmbH (43 Mitarbeiter) sind nur ein paar Unternehmen, die sich aufgrund der dort vorherrschenden attraktiveren Rahmenbedingungen für Betriebe nun in Oberösterreich angesiedelt haben. Doch nicht nur die Wirtschaftsförderung an sich ist eine umfangreiche Salzburger Baustelle, an der es in den nächsten Jahren zu arbeiten gilt. Darüber hinaus setzen die Freiheitlichen einen hohen Maßstab im Bereich wirtschaftlicher Initiativen.

So lässt's sich arbeiten!

- Sektorale Arbeitsmarktbeschränkung
- Lohndumping entgegenreten
- Stärkere Einbindung von Betrieben in universitäre Forschungsprojekte
- Innovationsstipendien für StartUp
- Ausbau der Möglichkeiten „Lehre mit Matura“
- Steuerentlastungen für Unternehmer auf Leistung
- Förderung für Betriebe, die der Generation 50+ Perspektiven geben
- Vereinfachung und Entbürokratisierung im Bereich Umwidmungen von Wirtschaftsimmobilien
- Weg mit ideologischen Scheuklappen hin zu einer standortbasierten und von Vernunft getragenen Wirtschaftspolitik



Asyl und Integration

„Zuwanderung ist das größte Problem.“

Arik Brauer, 2018

Asyl ist ein Recht. Missbrauch gehört geahndet.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Asyl lediglich verfolgten Personen vorbehalten bleibt. Jeglicher Missbrauch dieses Rechts, dem sich Flüchtlinge seit der Fluchtwelle im großen Stil schuldig machen, muss daher konsequent geahndet werden. Um die Leistungsfähigkeit unseres Staates nicht existenziell zu beeinträchtigen, streben wir Freiheitlichen dementsprechende zeitliche Rahmen an. So soll ein Blitzverfahren eingeführt werden, das bestimmte Asylverfahren innerhalb von 48 Stunden abschließen kann. Eine Entscheidung über das Ergebnis eines Asylantrags, hat maximal bis zu drei Monaten nach Antrag zu erfolgen und mit ähnlicher Konsequenz gehören die darauffolgenden Abschiebungen exekutiert. Diese Leistungsvoraussetzung dient dem Wohle aller Beteiligten.



„Es ist aber notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten.“

Willy Brandt

nicht als solches an, sondern sprechen sich für die Anwendung der Scharia aus. Ein „Mehrwert“ ist durch die unkontrollierte Zuwanderung in den letzten Jahren sozusagen nicht entstanden. Außer ein paar wenige romantisierte subjektive Erfahrungseindrücke „linker Staatsgefährder“, die sich durch die Verbrechen der offenen Grenzen tatsächlich bereichert fühlen.

Damit unser Land von der Migration profitiert, liegt es an unserem Selbstbewusstsein, die Zugehörigkeit zu unserem Land zu einem Privileg zu erklären. Dabei ist es notwendig, dem unkontrollierten Zuzug einen Riegel vorzuschieben, sowie den Automatisierungsprozess im Zuge der Verleihung von Staatsbürgerschaften einzustellen. Die Österreichische Staatsbürgerschaft ist ein kostbares Privileg.

Gewalt in der Familie

Eine deutschsprachige Studie zum Thema häuslicher Gewalt im Migrationskontext konnte erst ausweisen, dass Frauen, deren Leben von der muslimischen Religion stark geprägt ist, häufiger Opfer von Gewalt werden. Darüber hinaus liegt der Ausländerinnenanteil in Frauenhäusern weit über ihrem Anteil

Integration - Eine Bilanz

Gleich vorweg, die Bilanz sieht eher schlecht aus, denn die jahrelang verabsäumten politischen Maßnahmen, die eine gelungene Integration ermöglichen hätten sollen, haben dazu geführt, dass die Bürger unseres Landes täglich Opfer dieser Auswirkungen werden. Umfragen sprechen sogar davon, dass inzwischen zwei Drittel der Österreicher die Integration muslimischer Zuwanderer als nicht gelungen empfinden. Berechtigt sind jene Zweifel, denn gerade die Hälfte der Muslime in Österreich erkennen unser geltendes Recht

in der Gesamtbevölkerung. Hier geht es weit weniger um den Aspekt einer missglückten Integration. Der westliche Wertekodex ist unverhandelbar. Es ist schier vermessen, anzunehmen, man könne in Wochenendgenderseminaren im ausgependelten Sitzkreis einem Frauenverächter ohne Sprachkenntnisse den westlichen Wertekodex samt Gleichberechtigungstabelle näherbringen.

Deutsch als wesentliche Grundlage der Wertevermittlung

Spracherwerb ist nicht nur eine Basisqualifikation für den Arbeitsmarkt und die grundlegende Basis dafür, um ein vollwertig

integrierter Teil unserer Gesellschaft zu werden, sondern vor allem ein notwendiger Schritt zum Verständnis unseres Wertekatalogs.

Wer sich gegen diese Grundvoraussetzung des Miteinanders sträubt, entsolidarisiert sich gleichermaßen unserer westlich-geprägten Vorstellungen und zersetzt dadurch die Bestrebungen des Einzelnen, sich zu integrieren. Deshalb sehen wir den Spracherwerb als elementare Grundlage, um als Teil unserer Gesellschaft aufgenommen zu werden und fordern - bei nicht Erfüllens sprachlicher Voraussetzung - Sanktionen im Bereich von Sozialleistungen.



So geht Recht und Ordnung!

- Verbot des politischen Islam - keine Scharia
- Deutsch ist Pflicht
- Sachleistungen statt Geldleistungen
- Abschiebung straffälliger Flüchtlinge
- Importierte häusliche Gewalt hat keinen Platz bei uns!
- Unser Land - unsere Regeln



Bauen und Wohnen

„Die Wohnungen sind schon so teuer geworden, dass das kleinste Herz noch immer ein Zimmer mit separatem Eingang vermietet.“

Moritz Gottlieb Saphir, Journalist, Kritiker, Satiriker

Wohnen darf nicht Luxus sein

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Salzburger und es liegt daher in der Verantwortung der Politik, leistbares Wohnen sicherzustellen. Derzeit ist es so, dass man sich durch seine eigene Arbeitsleistung kaum mehr ein Eigenheim finanzieren kann. Wenn Wohnen jedoch zum Luxus wird, ist das System krank.

Mit einer Wohnbauförderung bekämpft man bekanntlich nur die Symptome, nicht aber die Gründe. Das Bundesland Salzburg ist zwar einer der schönsten, mittlerweile aber einer der teuersten Standorte in Österreich. Die Landesregierung hat es verabsäumt, hier entgegenzuwirken. Seit dem Jahr 2000 stiegen die Mieten um 50 Prozent, obwohl die Teuerung lediglich 35 Prozent betrug.

Die Wohnungslosigkeit stieg im Laufe dieser Legislaturperiode an und inzwischen sind beinahe 2.000 Salzburger ohne Obdach, wobei keine grundlegende Strategie zur Beseitigung des Problems überhaupt in Angriff genommen wurde. Der soziale Wohnbau hat dafür zu sorgen, dass sich sozial Schwächere ausreichend Wohnraum für sich und ihre Familien leisten können. Vorrangigstes Ziel ist angesichts stetig

steigender Immobilienpreise, sowohl sozial verträgliche Mieten in bedarfsangepassten Wohnungen zu gewährleisten, als auch die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen und den privaten Markt nicht durch politische Bevormundung zu schädigen. Es muss zwischen dem sozialen Wohnbau und dem privaten Wohnungsmarkt mit jeweils klaren Aufgaben und Anforderungsprofilen unterschieden werden. Im Rahmen der Wohnbauförderung hat die Landesregierung deshalb dafür zu sorgen, dass durch den gezielten Einsatz der Fördermittel eine leistbare und sozial ausgewogene Wohnversorgung gewährleistet wird und gemeinnützige Wohnbauträger ihrem Grundauftrag nachkommen.

Stillstand unter der alten Landesregierung

Die Freiheitlichen lehnen die aktuelle Version



„Es ist aber notwendig geworden, „Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen.“

Anton Bruckner

der Wohnbauförderung in Form von Einmalzuschüssen ab, da diese Art der Förderung falsche Anreize setzt und keine Rückflüsse in den Wohnbautopf lukriert werden können. Momentan basieren die Rückflüsse rein auf dem alten Modell und fließen in das Landesbudget, anstatt zurück in den Wohnbau und werden zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet. Auf einen langen Zeitraum betrachtet ist eine Förderung in Form von Einmalzuschüssen immer teurer als ein sich irgendwann beinahe selbstfinanzierendes Darlehensmodell. Die derzeitige Wohnbauförderung verschenkt Geld und funktioniert lediglich bei Niedrigzinsniveau. Sobald das Zinsniveau steigt, sind Nachbesserungen nötig. Zusätzlich reichen die Geldgeschenke meist nicht aus, um den Sprung ins Eigenheim zu erlangen, wodurch die soziale Treffsicherheit torpediert wird. Das fragwürdige online Anmeldesystem nach dem First-Come-First-Served-Prinzip untermauert das undurchsichtig und sozial nicht treffsichere Modell und kommt eher einer Lotterie gleich, als einem fairen sozial ausgewogenen Vergabesystem.

Undurchsichtiger Sumpf im sozialen Wohnbau Gerade der Skandal rund um die GSWB (Ge-

meinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H.) hat deutlich aufgezeigt, dass die „rot-schwarze Freunderlwirtschaft“ bis heute an der Tagesordnung steht und so manch geförderte Wohnungen schamlos an Großverdiener vergeben wird. Der soziale Wohnbau hat klare Aufgaben zu erfüllen. Zur Kernaufgabe sozialen Wohnbaus gehört es sicher nicht, Eigentumswohnungen im Ausland zu bauen und sich Rücklagen in Millionenhöhe zu schaffen. Die freiheitliche Forderung nach Transparenz hinsichtlich der Vergaberichtlinien wird bis heute ignoriert und weiterhin ist im Unklaren, wie und an wen günstiger Wohnraum vergeben wird. Mit uns wird sich diese Intransparenz beim sozialen Wohnbau ändern.

Novellierung des Baugesetzes

Angebot und Nachfrage regeln den Preis, daher müssen wir dafür Sorge tragen, dass mehr Wohnungen auf den Markt kommen, was sich preissenkend auswirken würde. Um jedoch günstiges Wohnen anbieten zu können, muss gemeinsam mit den gemeinnützigen Bauträgern ein grundsätzlicher Kriterienkatalog erstellt werden, der vor allem die wirtschaftliche Errichtung von steuergefördertem Wohnbau, als auch Basiseinrichtung festlegt. Nicht jede Wohnung muss barrierefrei gebaut werden und auf überbeuerte Einrichtung kann man getrost verzichten. Gerade um Menschen mit kleineren Einkommen lebenswerten Wohnraum günstig zur Verfügung stellen zu können, müssen Bauvorhaben intelligent abgespeckt und unser Baurecht entrümpelt werden. Es ist eine deutliche Reduktion der Regelungsdichte nötig, auch im privaten Wohnbau. Hier handelt es sich hauptsächlich um landesgesetzliche Bestimmungen, die überarbeitet werden müs-

sen, um eine Kostenreduktion und Planungsvereinfachung sicherzustellen, durch die ein Abbau von Bewilligungsvorbehalten und unnötiger Fremdbestimmungen erreicht werden kann.

Wohnen und Arbeiten zusammenbringen

Arbeiten und Wohnen sind zwei Hauptlebensbereiche der Salzburger Bevölkerung, die zu einem Großteil räumlich und funktionell von

einander getrennt sind. Die Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten gehören wieder näher zueinander gebracht. Diese wirtschaftliche und gesellschaftliche Symbiose schafft viele Vorteile. Dadurch könnte sich eine Verbilligung des Wohnens, der gewerblichen Mieten und auch eine Reduktion des Verkehrs ergeben.

Wohnbauförderung Neu

Die FPÖ präferiert das Prinzip der niedrig verzinsten Landesdarlehen und rückzahlbaren Annuitätenzuschüsse, die an die finanziellen Verhältnisse der Menschen angepasst sind. Nachdem es sich dabei um Darlehen und keine Einmalzuschüsse handelt, können den Förderungswerbern auch wieder höhere Summen zur Verfügung gestellt werden. Die Einkommensgrenzen sind anzupassen, um das System sozial treffsicherer zu machen. Die Rückzahlungsrate muss auf die jeweilige Leistungsfähigkeit angepasst werden. Damit stehen die Menschen auch bei geänderten familiären, beruflichen oder finanziellen Verhältnissen sowie Zinssteigerungen nicht derart in der Abhängigkeit von Banken wie sie es jetzt tun, da monatlich nur ein fixer Prozentsatz des Einkommens für die Rückzahlung aufzuwenden ist. Dieses System ist nachhaltig und finanziert sich über die Rückflüsse der Darlehen langfristig beinahe von selbst, ohne das Landesbudget zu belasten. Die Förderung darf auch nicht mehr kontingentiert werden, sondern muss allen förderungswürdigen Menschen offenstehen.

Salzburger zuerst

Die FPÖ vertritt als einzige Partei beim Thema Wohnen das Prinzip: Salzburger zuerst! Die Vergaberichtlinien, in welchen festgelegt wird, wer Anspruch auf eine geförderte, soziale Wohnung hat, müssen deutlich verschärft werden und vor allem Rücksicht auf die Salzburgerinnen und Salzburger genommen werden. Solange Wohnbedarf für heimische Arbeitnehmer, die monatlich kräftig in den Wohnbautopf einzahlen, benötigt wird, darf, Asylwerbern oder integrationsunwilligen Migranten keine geförderte Wohnung, als wohl kostenintensivste Form einer Sozialleistung, zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Sprache ist unbestritten nur der erste Schritt und unabdingbarer Schlüssel für gutes Zusammenleben und eine gelungene Integration. Ohne Deutsch, keine geförderte Wohnung!



So lässt sich` s wohnen!

- Salzburger zuerst
- Kosteneffizient bauen – Kriterienkatalog
- Anpassung des Standardausstattungskatalogs beim sozialen Wohnbau
- Transparenz beim sozialen Wohnbau
- Faires evaluiertes Vergabesystem
- Treffsichere Wohnbauförderung
- Familienfreundliches und generationengerechtes Wohnen
- Lebenswerten und leistbaren Wohnraum



Europäische Union

In Wirklichkeit haben wir Europa reduziert auf das Treffen mehr oder weniger alter Männer plus einer Frau.

Peer Steinbrück, (*1947), dt. Politiker (SPD) und Ex-Bundesfinanzminister

Subsidiarität

Die Freiheitliche Partei bekennt sich zu Europa, seinen christlich geprägten Werten und unterstützt das europäische Friedens- und Einigungsprojekt – die EU.



Doch während alle anderen Parteien dem Brüsseler Zentralismus huldigen und immer mehr Kompetenzen an die EU abgeben wollen, steht für die FPÖ das Prinzip der Subsidiarität und der Erhalt unserer Souveränität im Vordergrund. Darunter verstehen wir die Anerkennung beziehungsweise Renationalisierung von Kompetenzen und das Bewahren der österreichischen Eigenständigkeit im Sinne einer Eigenverantwortlichkeit Österreichs gegenüber seinen Bürgern. Die EU sollte die Rahmenbedingungen für Europa bieten, jedoch die nationalen Parlamente gestärkt werden. Sitten, Bräuche, Traditionen und regionale Eigenheiten, wie das Schützenwesen, müssen vor dem Brüsseler Regulierungswahn bewahrt werden.

Grundlegende freiheitliche Forderungen, wie der Beitritt der Türkei oder eine zwangsweise Verteilung von Flüchtlingen, dürfen nicht mit Mehrheitsbeschlüssen im Europäischen Parlament über die Köpfe der Österreicher hinweg bestimmt werden. Wir stehen einem zentralistischen Bundesstaat kritisch gegenüber und vertreten die Ansicht eines Europas der Vaterländer.

Einer Transferunion muss entgegengewirkt werden. Nettozahler wie Österreich gehören entlastet. Aufgrund unserer einmaligen Lage im Herzen Europas und auch als Nachbar Bayerns denken wir Salzburger Freiheitliche Europa zunehmend auch in Regionen, die es zu fördern und in denen es zusammenzuarbeiten gilt.



Mit den Europa-Verhandlungen ist es wie mit dem Liebesspiel der Elefanten: Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf - und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt.

Willy Brandt

Durchsetzung von Rücknahmeabkommen mit Drittstaaten, um eine rechtliche Handhabe für Rückführung straffälliger illegaler Immigranten müssen gesetzlich verankert sein. Genauso muss das EU-Förderungswesen im Agrarsektor überdacht werden, um den Bauern und Landwirten das Überleben, vor allem im kleinstrukturierten Bereich, zu sichern.

Euregio

Da wir auch für ein Europa der Regionen eintreten, stehen wir aufgrund unserer einmaligen Lage länderübergreifender Zusammenarbeit und einer wirtschaftlich kooperierenden Partnerschaft mit Regionen, wie etwa dem angrenzenden Bayern, positiv gegenüber. Die Förderung von gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Zusammenarbeit, wie sie zwischen Salzburg und dem benachbarten Bayern stattfindet, wirkt befruchtend und bringt grenzübergreifend und bürgernah die Menschen einander näher.

Sicherheit und Förderungen

Die FPÖ fordert von Europa die Einhaltung bestehender Gesetze wie der Dublin Abkommen und Schengen, um die Sicherheit vor Terrorismus und illegaler Zuwanderung gewährleisten zu können. Eine Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder, sowie die

So funktioniert Europa!

- Subsidiarität
- Rückführung straffälliger Immigranten
- Schutz der europäischen Grenzen
- Indexierung der Familienbeihilfe
- Erhalt unserer Traditionen
- Renationalisierung von Kompetenzen
- Euregio-Projekte fördern
- Agrarsektor reformieren



Gesundheit

Die Gesundheit ist wie das Salz: Man bemerkt nur, wenn es fehlt.

Aus Italien

Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, daher ist die Politik gefordert, unser Gesundheitssystem mit allen Kräften zu erhalten und zu verbessern. In den letzten Jahrzehnten ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung von einem hohen Niveau ins EU-Mittelfeld abgerutscht.

Daher ist in diesem Bereich dringender Handlungsbedarf gegeben. Gerade im Pinzgau und Lungau gestaltet sich die medizinische (Nicht-) Versorgung teilweise als sehr dramatisch, die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten wurde zunehmend ausgedünnt, zu Lasten der Bevölkerung. Ob das die radiologische Versorgung im Pinzgau, das Krankenhaus Mittersill oder etwa das Krankenhaus Tamsweg mit seinem nahezu unmöglich anfliegenden Landeplatz ist, in Salzburg läuft im Gesundheitswesen einiges falsch. Die Salzburger FPÖ fordert die bestmögliche medizinische Versorgung für alle Salzburgerinnen und Salzburger, ganz gleich in welchem Bezirk sie zuhause sind und somit den qualitätsvollen Erhalt aller Spitäler in den Bezirken.

Ausbildung

Im ärztlichen Bereich besteht dringender Handlungsbedarf zu einer Ausbildungsreform. Wegen der Ausbildungsstruktur wandern etwa 35 Prozent aller in Österreich ausgebildeten Ärzte ins Ausland ab und fehlen für die notwendige Versorgung unserer Bevölkerung. Es braucht daher Anreize für fertige Ärzte in Österreich und Salzburg zu bleiben. Anzudenken wäre hier ein Anreizsystem für Hausärzte in den ländlichen Regionen.

Spitalsärzte

Es braucht in Salzburg dringend ein Ausbildungskonzept, das verpflichtend umgesetzt werden muss. Die übervollen Spitalsambulanzen müssen entlastet werden. Der Arztberuf stellt eine zunehmende Belastung für die aus-

übenden Menschen und ihr Umfeld dar und fällt letztendlich auch wieder auf den Patienten zurück. Wir bestehen auf die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, die in den letzten 15 Jahren vernachlässigt wurde, weil sich der Arztberuf und Familie nicht ausschließen dürfen. Es braucht attraktive Arbeitszeitmodelle, die Ärzten auch die Kinderbetreuung ermöglichen.

Niedergelassene Ärzte

Die FPÖ Salzburg steht für eine Stärkung des niedergelassenen Bereichs. Es braucht eine Stärkung der Basisversorgung in ländlichen Gebieten in Form von Hausärzten. Wir wollen diese Tätigkeit zur Grundversorgung für Salzburg aufwerten und fördern. Ordinationen sollen weiterhin von freiberuflichen Ärzten geführt werden. Aus unserer Sicht muss das Verbot der Anstellung von Ärzten in einer Ordination aufgehoben werden.

Modellregion für verpflichtende Ersthelferkurse an Schulen

Um die derzeitigen Herausforderungen für den Landesverband zu bewältigen braucht es zielgerichtete Maßnahmen. Dabei stehen das Blutspendewesen und die Ersthelferkurse im Vordergrund. So soll das Blutspendewesen erleichtert werden, indem der Blutspendedienst künftig unter ärztlicher Aufsicht von spezialausgebildetem Personal ausgeführt werden darf. Kinder sind die besten Lehrer der Erwachsenen. Wenn wir es schaffen, dieses Modul verpflichtend an unseren Schulen zu installieren, bilden wir damit die engagiertes-

ten Ersthelfer aus. Einig sind sich das Rote Kreuz, die Bundesministerin für Gesundheit und Soziales Hartinger-Klein und die FPÖ-Landesobfrau Svazek darin, Salzburg zur Modellregion für den verpflichtenden Ersthilfe-Kurs an der Unterstufe machen zu wollen. Wir wissen, dass wir mit dem Roten Kreuz in Salzburg einen großartigen Partner für die Umsetzung unserer Projekte im Bereich Gesundheit haben. Nun wollen wir die nötigen Schritte setzen, damit Salzburg zum Modellbundesland in punkto Erster Hilfe wird.

Vorsorge

Neben der Behandlung von Krankheiten sollte deren Entstehung so gut wie möglich verhindert werden. Prävention statt Operation ist hier unser Credo. Wir stehen für einen weiteren Ausbau der Vorsorgemedizin und die Einhaltung des Mutter-Kind-Passes. Sport und eine gesunde Lebensweise sind unabdingbar für eine erfolgreiche Prävention, die wir zur Verhinderung von Zivilisationserkrankungen stärker fördern. In diesem Zusammenhang könnten die Salzburger Schulen mit der Ärztekammer stärker kooperieren.

Gesundheitspolitik

Derzeit werden Unsummen für die Verwaltung

ausgegeben. Im Verwaltungsbereich, bei den Versicherungen liegt ein enormes Einsparungspotential, das im Interesse der Patienten ausgeschöpft werden muss. Planungen im Spitalsbereich sollten professionell betrieben werden. Katastrophale milliardenteure Fehlleistungen, wie sie etwa in Wien im Krankenhaus Nord unter SPÖ Führung passiert sind, dürfen in Salzburg nicht vorkommen.

Die FPÖ fordert deshalb eine Entpolitisierung der Medizin. Für wichtige Entscheidungen sind verstärkt parteiunabhängige Experten heranzuziehen, wie etwa in den Niederlanden, wo dieses Modell sehr erfolgreich ist.

Bürokratieabbau

Die Dokumentation im medizinischen Bereich ist unerlässlich, leider hat sich aber in den letzten Jahrzehnten eine überbordende Dokumentationspflicht entwickelt. Umfragen haben gezeigt, dass Ärzte und Krankenschwestern teilweise bis zu 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für Dokumentationsarbeit verwenden müssen. Diese Zeit fehlt dort, wo sie gebraucht wird, nämlich bei der Versorgung von Patienten. Wir fordern daher umgehend einen Bürokratieabbau im Spitalsbereich und bei den niedergelassenen Ärzten.

So bleibt Salzburg fit!

- Krankenhausstandorte erhalten
- Vorsorge ist gesünder
- Bewegung und gesunde Ernährung
- 24 Stunden Notaufnahme gewährleisten
- Stärkung des niedergelassenen Bereichs
- Entbürokratisierung in der Krankenhausverwaltung
- Modellregion für verpflichtende Ersthelferkurse
- Anreizsysteme für Medizinstudenten um in Salzburg zu bleiben



Landesverteidigung und Sicherheit

„Die Armee ist die vornehmste aller Institutionen in jedem Lande, denn sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen. Alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, der Finanzen stehen und fallen mit dem Heere.“

Otto von Bismarck

Schutz und Hilfe gewährleisten

Auch wenn Österreich statistisch zu den sichersten Ländern der Welt zählt, so sieht dies der Bürger spätestens seit Beginn der Flüchtlingskrise anders.

Noch zu nahe sind die Bilder, wie etwa hunderttausende Menschen unkontrolliert die Staatsgrenze stürmten, zigtausende vom Hauptbahnhof durch das Salzburger Stadtgebiet nach Freilassing eskortiert wurden, oder die bis heute anhaltenden sexuellen Übergriffe und Gewalttaten. Sowohl die alte Bundesregierung, als auch die Salzburger Landesregierung sorgten weder für ausreichend Schutz, noch für genügend Sicherheit. Der SPÖ-Sparkurs im Zuge des Bundesheer Strukturpakets 2018 zeigte deutlich auf, dass mit der damaligen Aufstellung weder die notwendigen Truppen für Katastropheneinsatz oder Assistenzleistungen, noch für größere Einsätze vorhanden waren. Alleine den Bemühungen der Salzburger FPÖ im Landtag ist es zu verdanken, dass etwa die Strucker-Kaserne in Tamsweg, als Rückzugs- und Auffrischungsort des Heeres und auch als größter Arbeitge-

ber in der Region, in militärischer Nutzung weiterbelassen wurde.

Auf Bundesebene garantieren die Freiheitlichen mit Verteidigungsminister Mario Kunašek dem Kaputtsparen ein Ende zu setzen und ein Bundesheer, das seinen ureigensten Aufgaben nachkommt, für den Notfall gerüstet zu sein, die Sicherheit Österreichs und seiner Neutralität zu gewährleisten, sowie im Katastrophenfall mit Schutz und Hilfe zur Seite zu stehen.



*Ohne Sicherheit ist
keine Freiheit.*

Wilhelm Freiherr von Humboldt (1767 - 1835)



Sicherheit für Salzburgs Zukunft

Eine Kernaufgabe des Staates ist für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Bei Betrachtung der explodierenden Kriminalitätsstatistik, gerade im Bereich schwerer Sexualdelikte, Drogenhandel und Gewaltverbrechen, mitverursacht durch den Flüchtlingszuzug, ist eine Stärkung der Exekutive das Gebot der Stunde. Doch die Polizeiposten-Schließungswelle der beiden ÖVP-Sicherheitsreferenten zu Stadt und Land kann schlichtweg als Anschlag auf die Sicherheit der Salzburger und unsere Demokratie gewertet werden. Auch der vom Ex-Innenminister geplanten Abzug der Polizeischule aus Großmain in die Landeshauptstadt, der im Widerspruch zu der von der Landesregierung prolongierten Ortskernstärkung ländlicher Gemeinden steht, wurde einpruchslos vom Landeshauptmann akzeptiert. Während sich die Freiheitlichen seit Jahren gegen die Schließung und Zusammenlegung von Polizeiposten aussprechen, ist es nun dem neuen FPÖ-Innenminister Herbert Kickl zu verdanken, dass dem Schutzbedürfnis der Salzburgerinnen und Salzburger endlich Rechnung getragen wird und in naher Zukunft

die Posten wieder vollbesetzt sein werden. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Salzburgs sichere Zukunft kann daher nur mit einer starken freiheitlichen Handschrift in der Landesregierung gewährleistet werden.

Schutz den Schützern

Im vergangenen Jahr wurden fast 2.000 Polizisten im Dienst verletzt, die Hälfte davon durch Fremdeinwirkung – Tendenz steigend. Die Exekutive tritt dabei in direkten Kontakt mit Personen, die nicht zurückschrecken, massive Gewalt gegen die Vertreter des Staates einzusetzen. Sowohl alkoholisierte oder emotional aufgebrachte Personen, als auch Kulturfremde, die aufgrund ihrer Herkunft ein differenziertes Bild der Gesetzeshüter haben, stellen ein erhöhtes Risiko dar. Gerade die Messerattacken der letzten Wochen zeigen auf, dass die Polizei über unzureichende Schutzkleidung verfügt. Ein diesbezüglicher Antrag der FPÖ Ende 2016, welcher leichte stich- und hiebfeste Unterbekleidung für unsere Exekutivbeamten beinhaltete, wurde leider von der Landeshauptmannpartei auf die lange Bank geschoben.

So schützen wir Salzburg!

- Polizei verstärken
- Kasernenstandorte erhalten
- Höhere Strafen für Sexualdelikte und Gewaltverbrechen
- Grenzsicherung garantieren
- Abschiebung straffälliger Ausländern
- Verbleib der Polizeischule in Großmain
- Schutz den Schützern

Medien und Kultur

Wer über die Medien von der vierten Gewalt im Staat spricht, irrt. Die Medien sind heute Kläger, Richter und Henker in einem.

Heinz Kerp (*1963), Journalist

Media Literacy statt staatlicher Kontrolle

Seit über zehn Jahren verändern Smartphone und Tablet die zwischenmenschliche und mediale Kommunikation. Durch soziale Medien ist es uns nun nicht nur mehr möglich, direkt mit einzelnen Menschen in Kontakt zu treten.



Eine individuelle Botschaft kann nun tausende Menschen erreichen. Reichweiten, die bisher nur von Verlagen und Medienunternehmen bedient wurden, können nun von einzelnen Sendern in den Blasen von Facebook bespielt werden. Die Grenzzäune zwischen Sender und Empfänger scheinen dabei aufgelassen. Digitale Kompetenz ist gefragter denn je, und mehr als die Hälfte der Betriebe hat Schwierigkeiten, die Stellen zu besetzen. Hier muss eine Ausbildungsoffensive schnellstmöglich Abhilfe schaffen. Wenn diese mediale Ära auch viele Vorteile bietet, so birgt sie gleichermaßen auch Gefahren. So werden Botschaften, ohne den Anspruch einer Faktizität, gerne vielfach geteilt und der

User somit selbst zum Multiplikator. Aufgrund ihrer „Lautstärke“ für wahr befunden, setzt sich nicht mehr die „wahrste“ Nachricht, sondern die beliebteste durch. Das Ziel darf es dennoch nicht sein, mediale Botschaften einer staatlichen Kontrolle auszusetzen. Die Freiheitlichen verwehren sich gegen derartige Tendenzen. Eine weitaus bessere Chance stellt die Bewusstseinsbildung dar. Der Beginn einer medialen Früherziehung zum kritischen Umgang mit Medien gehört für uns Freiheitliche auf den Lehrplan. Media Literacy ist nicht nur ein freiheitliches Zukunftsthema, das Sorgen eines vermeintlichen Irgendwann behandelt, sondern ein notwendiger Gegenstand der schulischen Ausbildung. Jetzt.

Während des Festspielsommers ist Salzburg die Bühne der internationalen Kulturwelt. Abseits davon ist es aber auch wichtig, die vielen heimischen Kulturträger zu unterstützen und zu fördern. Die Volkskultur ist ein wichtiger Teil unserer Heimat.



Diversität und Qualität erhalten

Medien sollen sich wieder auf ihre Kernaufgabe, die objektive Berichterstattung, konzentrieren können. Im Rennen um die schnellste Schlagzeile und durch den Reichweitendruck in den sozialen Medien, besteht inzwischen leider eine Tendenz zur Boulevardisierung im Bereich der Qualitätsmedien. Daher ist es notwendig, mediale Projekte zu unterstützen, die Diversität, sprich Vielfalt der Medienlandschaft in Salzburg, zu gewährleisten. Diesbezüglich sollen Stipendien für Engagements im Schul- und Studentenjournalismus getragen werden. Die qualitativ-hochwertige Ausbildung steht hierbei im Vordergrund: Kommunikation bedeutet Verantwortung, schließlich soll das Medienwesen in Salzburg von Seminaren und Workshops profitieren können.

Förderung von Kunst und Kultur



Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit.

Gustav Klimt (1862 – 1918)

Eine ähnliche Neuausrichtung bedarf es auch im Bereich der Kunst- und Kulturförderung. Salzburg ist eine Kulturstadt und geprägt durch die Salzburger Festspiele, die nicht nur die Salzburger Wirtschaft, sondern auch Salzburg als Stadt beflügelt. Der Kulturentwicklungsplan für das Land Salzburg sieht prioritäre Subventionen für Projekte, die sich thematisch mit Migration, Integration, Flüchtlingen auseinandersetzen, vor. Diesen aufgezwungenen politischen Gestaltungswillen widersprechen wir genauso, wie die zentrale Förderung von ausschließlich zeitgenössischer Kunst im inter- und transkulturellen LGBTQIA* Bereich. Übrigens das Sternchen (*) steht für weitere sexuelle Ausrichtungen oder Fantasiegeschlechter. Sie können das alles gerne machen, aber ohne Subventionen. Diese Minderheitenthematik kann ehrenamtlich problematisiert, aber nicht von der Mehrheit mit Steuergeld finanziell getragen werden.

Die Freiheitlichen plädieren hierbei für zielgerichtete Direktförderungen, anstatt eines Sponsorings von Dachträgerverbänden oder linker Kulturlobbys. Für die Umsetzung linker Prestigeprojekte, die viel Geld kosten, aber niemand so wirklich braucht, sind wir Freiheitlichen nicht zu haben. Wir wollen eine transparente und treffsichere Kulturförderung, für die sich die Freiheitlichen seit jeher aussprechen.

So schützen wir Salzburg!

- Heimische Kulturbräuche fördern
- Förderung einer unabhängigen Medienlandschaft
- Erhaltung der musikalischen Früherziehung
- Projektförderung statt Sponsoring linker Kulturlobbys
- Kooperation von kulturellen Einrichtungen in Stadt und Land verbessern
- Mehr Transparenz im links-grünen LGBTQIA* Kulturförderdschunzel

Heimische Kultur und Brauchtum

Tradition ist Bewahrung des Feuers und nicht Anbetung der Asche.

Gustav Mahler (1860 - 1911), österreichischer Dirigent und Komponist

Unsere Kultur umfasst Kunst, Musik, unsere Sprache, die Wissenschaft und gewiss auch Religion. Da Salzburg ein Land vielfältiger Traditionen ist, liegt uns natürlich der Erhalt dieser wertvollen Güter tradierter Kultur am Herzen.





Dem freiheitlichen Selbstverständnis entsprechend, sehen wir es als unsere Aufgabe, gezielt jene Vereine zu unterstützen, die sich bewusst dem Erhalt der Werte unserer Heimat widmen. In Salzburgs 119 Gemeinden engagieren sich zigtausende Menschen aktiv in unzähligen Vereinen und stellen damit eine wesentliche und tragfähige Säule Salzburgs, vor allem der Salzburger Kultur, dar. Nicht zuletzt durch die zentrale Lage im Herzen Europas, hat Salzburg eine vielfältige und einzigartige Kultur entwickelt, die uns täglich begegnet, beeinflusst und vor allem in Form von Kunst, Sprache, Tradition, Musik und Brauch-

tum, beeindruckt. Diese zahlreichen regionalen Besonderheiten, Bräuche und Traditionen müssen unbedingt erhalten, gelebt und an unsere Kinder und Enkelkinder weitergegeben werden. Dazu ist die Förderung von Brauchtumsveranstaltungen, Heimat-, Musik- und Traditionsvereinen zum Erhalt unserer regionalen, kulturellen Identität unerlässlich. Genau das ist der FPÖ ein ganz besonderes Anliegen, weshalb wir uns klar zur lebendigen Wahrung und Weitergabe unseres kulturellen Reichtums bekennen, für den Erhalt einstehen und uns aktiv für unsere heimischen Vereine einsetzen.

So engagieren wir uns!

- Identität, Brauchtum und Sprache schützen, stärken und fördern
- Förderung von Regionalität und regionaler Produkte
- Nachwuchsinitiative für das Freiwillige Engagement
- Heimatkunde in Schulen wieder mehr Platz einzuräumen - Verstärkte Vermittlung Salzburger Brauchtums in Schulen und Bewusstseinsbildung für die Salzburger Geschichte
- Dauerhafte Sicherstellung des Erhalts der Militärmusik Salzburg
- Erhalt der Salzburger Heimatvereine und Traditionsverbände

Bildung und Ausbildung

Das Vermitteln der Kulturtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens, der umfassende Erwerb von Wissen, Kompetenzen und Fertigkeiten, das Fördern individueller Talente und Begabungen, die bestmögliche Ausbildung als Vorbereitung auf das Berufsleben sowie die Vermittlung von Werten und Traditionen unseres Gemeinwesens sind die Hauptaufgaben der staatlichen Schul- und Bildungspolitik.



In Salzburg hat sich der Unbildungsstandard breit gemacht. Gerade in Zeiten erschreckend hoher, fast besorgniserregend wachsender Zahlen von Schülern mit Migrationshintergrund und nichtdeutscher Muttersprache ist der Stellenwert und das Beherrschen der deutschen Sprache sowohl für ein gutes und konstruktives Miteinander, als auch für gelungene Integration, vor allem aber für eine erfolgreiche Ausbildung, unerlässlich. Denn so manche Salzburger Volksschule hat einen Migrationsanteil von über 90 Prozent, wie in der Volksschule Lehen 1 und 2. Ein normaler standardisierter Unterricht ist dort nicht mehr möglich. Die Zukunftschancen der restlichen 10 Prozent autochthonen Schüler scheint hier gering zu sein und eine Nivellierung des Ausbildungsstandards nach unten findet statt.

Ganz zu schweigen von der Überforderung der Lehrer: Lehrerinnen leiden unter den muslimischen Vätern, Elternabende und Elternsprechtage sind schlichtweg Herausforderungen und religiös kulturelle Differenzen sind an der Tagesordnung. Importierte Gewalt, Vandalismus und Kleindelikte machen Bildung beinahe unmöglich. Denn die Lehrer sollen die Schüler bilden, aber nicht erziehen. Erziehung kommt von zu Hause. Parallelgesellschaften sind Grünen wichtiger als Erhalt der Traditionen wie Adventkranz, Martinsfest, Nikolaus, Christkind oder Osterhase. Für uns gehört das dazu. Die verstärkte linksgrüne Förderung in Salzburger Schulen von spezifisch interkulturellen Bräuchen führt durch das Aufzwingen fremder Kulturen mehr zur Segregation als zur Integration. So vielfältig und individuell wie unsere Kinder und Jugendlichen, muss unser Bildungssystem sein.

Das Schul- und Bildungswesen hat auf die Vielfalt der geistigen Anlagen und Interessen der Menschen Rücksicht zu nehmen, diesen zu entsprechen und sich jeder ideologischen Bevormundung zu enthalten. Das Beherrschen der deutschen Unterrichtssprache ist Voraussetzung für die Teilnahme am Regelunterricht an öffentlichen Schulen in Österreich.



Wir bekennen uns klar zu einem vielfältigen, durchlässigen und differenzierten Schulsystem. Um ein solches Bildungssystem möglich zu machen müssen Schulen autonomer werden und die Möglichkeit zu individuellen Schwerpunktsetzungen und Spezialisierungen nutzen. Vor allem im Hinblick auf die Stärkung ländlicher Regionen gilt es, Klein- und Kleinstschulen zu erhalten und zu unterstützen. Des Weiteren muss die Lehre – auch in Kombination mit Matura – gestärkt und attraktiviert werden.

Einer humanistischen gymnasialen Schulbildung widerspricht das Konzept der Neuen Oberstufe. Diese Modulregelung trägt nicht zu

einer qualifizierten Schulreife – der Matura – bei. Naturwissenschaftliche Fächer – wie Chemie, Biologie, Physik oder auch Informatik – sind im digitalisierten Zeitalter keine aufzuschiebenden Lerneinheiten, sondern tragen dazu bei, unsere Jugend fit für den Arbeits- und Studienmarkt zu machen.

Ebenso gilt es die vorhandene Infrastruktur an unseren Universitäten und Fachhochschulen zu nutzen und auszubauen, um im engen Kontakt mit Industrie und Wirtschaft, ein zeitgemäßes und praxisnahes Studieren zu ermöglichen und nicht an eben deren Bedarf „vorbeizustudieren“.

So lässt's sich lernen!

- Deutsch vor Schuleintritt
- Differenziertes Schulsystem
- Nein zur Neuen Oberstufe
- Schulautonomie stärken
- Beibehaltung von Sonder- bzw. Förderschulen
- Zeitgemäßes und praxisgerechtes Studieren
- Nikolo und Kruzifixe müssen bleiben

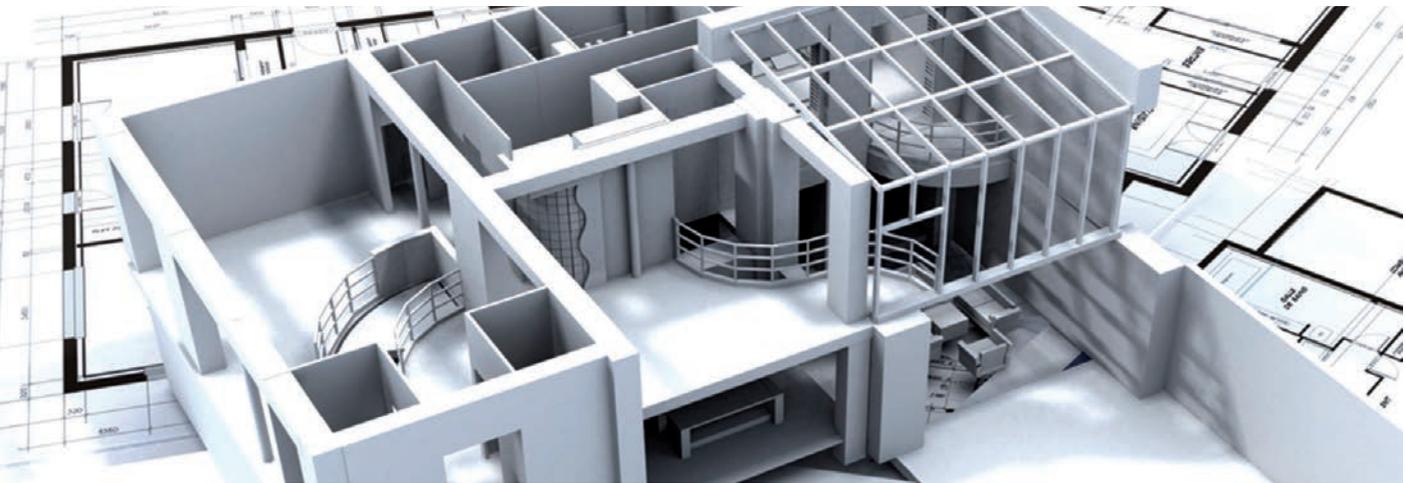
Raumordnung

Ordnung ist das halbe Leben.

Deutsches Sprichwort

Novellierung des Raumordnungsgesetzes

Die Landesregierung hat unter der Verantwortlichkeit von Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler per 1.1.2018 das Raumordnungsgesetz novelliert.



Darin sind viele Bestimmungen enthalten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Verfassungsgerichtshof nicht standhalten werden. Das neue Gesetz hat auch viele Schwachstellen, Umgehungsmöglichkeiten und beinhaltet Ungerechtigkeiten, weshalb die FPÖ im Landtag gegen diese Novelle gestimmt hat. Bis zum heutigen Tag werden Gemeinden im Stich gelassen, die in die neuen Regelungen fallen und vor der schwierigen Aufgabe stehen, ihr Räumliches Entwicklungskonzept (REK) dahingehend zu erstellen.

Zweitwohnsitze

Die neuen Regelungen gegen Zweitwohnsitze sind aus freiheitlicher Sicht europa- und verfassungsrechtswidrig. Beim Vollzug des Gesetzes stehen unsere Bürgermeister mit einem Fuß im Kriminal, wobei sie zwischen Amtsmisbrauch im Falle unterlassener Überwachungspflicht und grundrechtswidriger Verletzung des Hausrechtes wählen können. Dieses „Spitzelunwesen“ hat in einem moder-

nen, freien Land nichts verloren. Ein zukunftsorientierter Lösungsvorschlag ist die Zweitwohnsitzabgabe, die den Gemeinden zufließt und der einheimischen Bevölkerung etwa für die Finanzierung von Baulandsicherungsmodellen zugutekommen soll. Das gibt einerseits den Eigentümern von Zweitwohnsitzen die gewünschte Rechtssicherheit und verhindert andererseits das unwürdige Katz- und Mausspiel, das ohnehin regelmäßig zugunsten der Zweitwohnsitzer entschieden wird. Umgekehrt erhält die Gemeinde einen finanziellen Ausgleich für die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur, die durch den Finanzausgleich (Bundesertragsanteile) für Zweitwohnsitze nicht entsprechend abgeglichen wird.

Befristete Widmungen

Die neu eingeführten befristeten Widmungen samt damit verbundener automatischer Rückwidmung sind der falsche Weg. Entweder ist ein Grundstück von seiner Lage her als Bauland geeignet oder eben nicht. Die frühere

Kann-Bestimmung, wonach eine Rückwidmung nach zehn Jahren möglich - aber nicht zwingend - war, ist sinnvoller. Die nunmehrige Muss-Bestimmung wird noch zu ungeheuren Ungerechtigkeiten führen, sofern diese nicht wieder korrigiert wird. Es kann viele Gründe geben, ein Grundstück nicht fristgerecht bebauen zu können (z.B. Krankheit, Sterbefall, Jobverlust, Scheidung, Umzug, Einsprüche gegen das geplante Bauvorhaben etc.). Welche Bank will den Ankauf eines Grundstückes finanzieren, wenn für den Fall der nicht rechtzeitigen Bebauung ein großer Wertverlust eintritt?

Viele dem neuen ROG zugrunde liegenden Ideen bauen auf einer falschen Ausgangslage auf. Die derzeitige Landesregierung meint, wenn es große ungenützte Baulandreserven gibt, dann dürfe kein neues Bauland gewidmet werden. Das müsse aber nicht zwangsweise so sein, die sogenannte „Bauland-Bilanz“ ist nicht in Stein gemeißelt. Natürlich wäre es schön, dieses ungenützte Bauland zu mobilisieren. Der diesbezüglich neu geschaffene Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag basiert grundsätzlich auf einer guten Idee, ist aber mangelhaft umgesetzt. Der Beitrag ist zu gering um wirkliche Spekulanten abzuhalten, wird aber leider preissteigernd wirken und ist in dieser Form daher kontraproduktiv. Und wenn jemand - auch in Zukunft - sein Bauland nicht bebauen will und sich den Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag leisten kann und will, dann soll es so sein. Das Land darf den Gemeinden kein neues Bauland mehr verwehren, mit dem Argument, dass es bereits genügend ungenütztes Bauland in einer Gemeinde gibt.

Vertragsraumordnung

Die privatwirtschaftlichen Maßnahmen nach § 18 ROG sind kritisch zu betrachten, da diese - zumindest in der derzeit praktizierten Art und Weise - verfassungswidrig sind. Es kommt dabei in der Praxis zu unzulässigen Verknüpfungen von hoheitlichen mit privatwirtschaftlichen Maßnahmen durch die Gemeinden. Die Machtstellung der Gemeinde gegenüber dem Bürger darf nicht in erpresserischer Art und Weise ausgenutzt werden. Anstatt privatwirtschaftlicher Maßnahmen sollten die Gemeinden viel mehr von der neuen Widmungskategorie „förderbarer Wohnbau“ Gebrauch machen.

Handelsgroßbetriebe in Salzburg

In Österreich werden nach aktuellen Zahlen täglich 14,7 Hektar, rund 21 Fußballfelder teils fruchtbares Ackerland verbaut. Das Überangebot an Gewerbeflächen vielerorts erlaubt bloß eingeschossige Bauten und endlose ebenerdige Parkplätze. Wirkliches Gewerbe sucht man dort oft vergebens. Mittlerweile haben viele Bundesländer diese Entwicklung eingeschränkt, aber es gibt eine große Zahl bestehender Widmungen. So wird weiter viel wertvoller Boden vergeudet. Die österreichische Wirklichkeit an einem Samstagmittag zeigt doch, dass die Leute in Scharen in die Gewerbegebiete zum Einkaufen fahren. Der Bund hat sich von jeglicher Verantwortung für die Siedlungsentwicklung freigesprochen und die Länder üben sich im Laissez-faire. Schlechte Siedlungsstrukturen werden von der Politik oft noch gefördert, jedoch die Flächen werden von den Gemeinden gewidmet. Die Länder müssten nur auf der Erfüllung ihrer vollmundig formulierten Ziele beharren. Die Landesraumordnung erlaubt keinen einzigen Fehltritt einer Gemeinde. Doch oft reicht es, wenn ein Bürgermeister beim Landesrat anruft, um ein Vorhaben entgegen aller Nachhaltigkeitsziele durchzubringen. Die Gemeinden können ihre Kompetenzen ruhig behalten, aber dann ernsthaft kontrollieren.



Es ist wichtig, den Wildwuchs an Handelsgroßbetrieben außerhalb von Ortskernen zu verhindern, um das wirtschaftliche Aushungern unserer Gemeinden zu stoppen.

Pro Europark-Erweiterung

Eine Ausnahme stellt jedoch der Europark in der Stadt Salzburg als Vorzeigeobjekt dar, der mit einem neu geschaffenen Handelsgroßmarkt an irgendeinem Kreisverkehr keinesfalls verglichen werden kann. Selbige Problematik besteht beim Designer Outlet Center in Wals Himmelreich, dessen Lage und Verkehrsanbindung ebenso einmalig ist, das eine völlig andere Zielgruppe bespielt, als das Europark und Altstadt tun und das zudem Kaufkraft aus dem Ausland nach Salzburg bringt. Die FPÖ steht hinter den Plänen des Europarks, bereits bestehende Lagerflächen zu Verkaufsflächen umzuwandeln, um so auch dem Internethandel, Amazon & Co in Salzburg entgegenzutreten. Es

ist zudem unverständlich, warum sich die Landesregierung dagegen wehrt, dass das seit Jahren leerstehende ehemalige Baumax Gebäude in Wals Himmelreich endlich sinnvoll genutzt werden. Wir fordern weniger ideologische Scheuklappen und mehr Verstand.

Mindest-Geschossflächenzahl

Um verdichteten Wohnbau zu erreichen, könnte bei Umwidmungen nicht nur eine maximale, sondern auch eine Mindest-Geschossflächenzahl angeordnet werden. Diese Kann-Bestimmung würde Grundstücksvergeudung verhindern, wie dies bei zahlreichen Supermärkten der Fall ist, die durch eine riesige oberirdische Parkfläche und eingeschossigen Gebäuden regelrecht Flächenfraß betreiben. Über einen neu errichteten eingeschossigen Supermarkt könnten ohne weiteren Flächenverbrauch Wohnungen geschaffen haben.



A scenic landscape featuring snow-capped mountains in the background, a dense forest of evergreen trees in the middle ground, and a small village with white and brown buildings in the foreground. The sky is clear and blue, and the overall scene is bright and sunny.

So schaffen wir Lebensqualität!

- Rechtssicherheit hinsichtlich Rückwidmungen
- Europark-Erweiterung schafft Arbeitsplätze
- Verantwortung bei Siedlungsbau
- Räumliche Entwicklungskonzepte für Gemeinden
- Stärkung ländlicher Gemeinden – Abwanderung entgegenwirken
- Ortskernstärkung
- Zweitwohnsitzabgabe

Senioren und Altenbetreuung

Der Staat ist eine Allianz der vorangegangenen Generationen mit den nachfolgenden und umgekehrt.

Adam Heinrich Müller, Ritter von Nitterdorf (1779 - 1829), deutscher Staats- und Wirtschaftsphilosoph

Soziale Sicherheit im Alter

Auch in Salzburg steigt der Anteil der älteren Menschen und derjenigen, die unser Land nach den Schrecken des 2. Weltkrieges wieder aufgebaut und den Grundstein für unseren Wohlstand gesetzt haben.



Sie verdienen unseren ganzen Respekt und benötigen unsere Hilfe. Senioren, die ihr ganzes Leben berufstätig und fleißig waren, die Steuern gezahlt und Kinder aufgezogen haben, erhalten derzeit teilweise weniger Pension, als Mindestsicherung und Sozialleistungen für einen Wirtschaftsflüchtling ausmachen. Unsere Senioren haben genug in die Sozialversicherung einbezahlt. Jetzt müssen sie oft wie Bittsteller auf dringende Arzttermine und Untersuchungen warten, da über Jahrzehnte Raubbau an unserem medizinischen System betrieben wurde. Gerade im Innergebirg leiden die Menschen unter der dort dramatischen medizinischen Misere.

Generationenpolitik

Die FPÖ bekennt sich zu einem Miteinander der Generationen und lehnt es strikt ab, unsere Senioren an den Rand der Gesellschaft und in Pflegeheime abzuschieben. Genau wie die ehemalige rot-schwarze Bundesregierung sich immer erst kurz vor Wahlen um die Stimmen der Senioren gekümmert hat, so untätig betrieb auch die schwarz-grüne Landesregierung ihre Seniorenpolitik. Mit allen Mitteln wehrte sich die Salzburger „alte ÖVP“ das Schonvermögen anzuheben und bis heute kritisiert sie die Abschaffung des Pflegeregresses. Wir Freiheitlichen treten dafür ein, dass ein Altern in Würde zuhause in den eigenen



vier Wänden möglich sein muss. Das betreute Wohnen oder eine verbesserte Hauskrankenpflege gehören forciert. Daher gehört der Pflegeberuf attraktiviert. Der Großteil der Pflegefälle wird nach wie vor von Familienangehörigen zu Hause betreut, unter massiven finanziellen Einbußen des pflegenden Familienmitglieds, beispielsweise durch Reduzierung oder gar Verzicht des Erwerbseinkommens. Wichtige Versicherungsjahre werden dadurch eingebüßt und vom Staat nicht angerechnet. Altersarmut ist damit vorprogrammiert, während rot-schwarzen Politikern und Kammerfunktionären Luxuspensionen ausbezahlt werden.

Generation 50+

Seniorenpolitik ist nicht mehr reine Rentnerpolitik. Kaum eine Gruppe wie die Generation 50+ hat derart viel Leistungs- und Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt und die Altersarbeitslosigkeit steigt genauso rasant an wie die Altersarmut. Bereits über 30 Prozent der Arbeitslosen sind über 50 Jahre alt und die Kurve

nach oben steigt mit ansteigendem Lebensalter. Mit 50+ zählt man noch lange nicht zum alten Eisen und jeder Betrieb müsste froh sein auf erfahrene Mitarbeiter zurückgreifen zu können. Wir wollen keine durch Steuergelder künstlich geschaffenen Arbeitsplätze, die den Betroffenen Hoffnung geben, die nach 1-2 Jahren, wenn dann das Geld aus ist, wieder zerstört wird. Sehr wohl anwendbar wären aber Anreize wie etwa einmalige Landesförderungen und öffentlichkeitswirksame Auszeichnungen für Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer langfristig und nachhaltig beschäftigen. Es muss sich unser Arbeitsmarktservice weg von einer Förderstelle für partei- und ideologienaher, oft völlig überflüssige, Kurse hin zu einer echten Ausbildungs- und Weiterbildungsstätte entwickeln. Das AMS muss auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reagieren, spezifische und notwendige Kurse anbieten und so unserer älteren Generation ein Rüstzeug mitgeben, um sich in Branchen zurecht zu finden und vor allem wohl zu fühlen, die bisher nicht zur ihren Kernkompetenzen gezählt haben.

So lässt`s sich leben!

- Altersarmut entgegenwirken
- 1.200 € Netto – Mindestpension
- Senkung der Lohnnebenkosten der 50+ in den Arbeitsmarkt
- Mobilität garantieren!
- Pflegende Familienmitglieder entlasten
- Pflegezeit auf Pension anrechnen
- Abschaffung der rot-schwarzen Luxuspensionen
- Hauskrankenpflege stärken
- Generationenübergreifendes Wohnen forcieren

Soziales



Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.

Johann Gottfried Seume

Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdung in Salzburg liegt bei über 15 Prozent (ca. 82.000 Personen). Besonders betroffen sind dabei Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Mütter, Menschen mit geringer schulischer Ausbildung und schlechter Qualifikation.

Rund die Hälfte ist über 50 Jahre alt und nicht erwerbstätig. Doch selbst Erwerbstätigkeit bietet heute keinen Schutz mehr vor der Gefahr, unter die Armutsschwelle zu geraten. Das Phänomen der „working poor“ ist in Österreich eingekehrt. Die Ursachen liegen in einer maßgeblich verfehlten Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. Darüber hinaus ist der falsche Einsatz von Sozialmittel für diesen Missstand mitverantwortlich. Deshalb treten wir Freiheitliche für eine faire Sozialpolitik ein.

Ziel ist die Sicherung unseres Sozialstaates

Die Frage ist nicht, ob wir uns zum Sozialstaat bekennen. Dieses Bekenntnis ist im freiheitlichen Selbstverständnis fest verankert. Die Frage ist, ob wir zukünftig überhaupt imstande sein werden, diesen Sozialstaat weiterhin zu gewährleisten. Dazu bedarf es einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Reform.

Qualität der Sozialleistungen

Zunächst gilt es zu definieren, worin der Sinn unseres sozialen Netzes besteht. Der Sozialstaat ist jenen Bürgern verpflichtet, die aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall oder anderen schwierigen Situationen in eine Notlage geraten sind. Hierbei gilt es, dieses Unglück als Staat im Sinne einer Gemeinschaft abzufedern. Vorrangig soll diese Leistung jenen Bürgern zu Gute kommen, die für den Aufbau dieses Netzes ihren Beitrag bereits geleistet haben. Gerade der Aufwand, den sich unser Staat hinsichtlich unseres Sozialsystems leistet, war bisher leider einer der herausragendsten Motivatoren, warum sich Menschen aus den verschiedensten Teilen der Erde auf den Weg nach Österreich gemacht haben – unsere soziale Absicherung. Dieses Streben nach Verbesserung der eigenen Lebenssituation ist menschlich, aber der Fleiß

und der aufopfernde Dienst der letzten Generationen, der die Rechnung dieses Sozialsystems bisher gezahlt hatte, hat es verdient, auch in Zukunft von jener Absicherung profitieren zu können. Die Zuwanderung in unser Sozialsystem stellt jedoch ein erhebliches Risiko für die weitere Funktionalität des Sozialstaates der zukünftigen Generation dar. Denn was wird die Folge einer steigenden steuerlichen Belastung durch Sozialleistungen sein? Aufgrund der hohen Ausgaben erhöht sich auch der Druck auf den Steuerzahler, bis es für Wirtschaftstreibende nicht mehr rentabel sein wird, in unseren Standort zu investieren und sie daher letztendlich abwandern. Da nur mehr ein geringer Teil unserer Bevölkerung für diese Kosten aufkommen würde, folgen radikale Einsparmaßnahmen. Dabei wird nicht nur das Gesundheitssystem Abstriche erleben, sondern all jene, die aus den verschiedensten Gründen in eine Notlage geraten sind.

Menschen mit Behinderung

Unsere Gesellschaft trägt überdies auch Verantwortung für jene Menschen, die unter psychischer oder physischer Beeinträchtigung leiden. So plädieren die Freiheitlichen dafür, dass hinsichtlich der Bildung und des Sportangebots behinderte Menschen tatsächliche Unterstützung erfahren. Hierbei gilt es sich an federführende Projekte zu orientieren, denn für die Freiheitlichen steht fest: Behindert ist nur derjenige, der behindert wird. Daher ist es dringend notwendig, die Baustellen im Bereich der Wahlfreiheit des Angebots, über Mobilitätsmaßnahmen bis hin zum Ausbau geschützter Werkstätten abzarbeiten.

Vereinheitlichung und Neuregelung

Der Bürokratieapparat der Sozialversicherungen ist ein Fass ohne Boden, der seine Existenzberechtigung bisher ausschließlich aus der Versorgung sozialdemokratischer Würden-

träger bezog. Damit das Geld nun tatsächlich dort ankommt, wo es benötigt wird, bedarf es daher einer sinnvollen Neuordnung. Die Freiheitlichen setzen sich für ein vernünftiges und vor allem auch vereinheitlichtes Mindestsicherungsmodell nach oberösterreichischem Vorbild ein

Notschlafstellen für Obdachlose

Obdachlosigkeit ist ein wesentlicher Faktor in Salzburg geworden. Die Quartiere, die für Obdachlose vorgesehen sind, behausen nun jedoch die Teilnehmer jener Fluchtwelle, die 2015 eingeleitet wurde. Aufgrund der ausgeprägten Kriminalität jener „Besetzer“ ist diese „Behausung“ für Österreicher ohne Obdach leider nur wenig attraktiv. Das Land soll sich deshalb darum kümmern, zeitnah geeignete Notschlafstellen für die Bedürftigen zu organisieren, damit diese in den kalten Monaten Schutz und ein Dach über dem Kopf vorfinden.

Arbeit muss sich wieder auszahlen

Erste Entwicklungen eines Wohlstandsverfalles erleben wir bereits, so steigt das Lohnniveau gerade deshalb nicht - hingegen der Grundbelastungen - da die aus dem Aufwand des Sozialsystems entstandenen Kosten natürlich jeder Arbeitnehmer in Form von Steuern zu tragen hat. Daraus ist im Laufe der Zeit ein exorbitantes Abgabensystem entstanden, das seinen Beitrag dazu geleistet, dass es sich Wirtschaftstreibende schlichtweg nicht mehr leisten können, ihren Mitarbeitern ein entsprechendes Einkommen zu ermöglichen. Ein erheblicher Faktor, neben dem verstärkten Wettbewerbsdruck am Arbeitsmarkt, dem auf lange Sicht lediglich eine Senkung der Lohnsteuer gebündelt mit einem effizienteren Sozialsystem sinnvoll entgegenwirken wird. Eine Maßnahme, die Unternehmer motivieren würde, Arbeitnehmer anzustellen.

So geht Gerechtigkeit!

- Sozialmissbrauch eindämmen
- Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylanten
- Sozialwohnungen primär für Österreicher
- Sicherung des Sozialstaates
- Bettelmafia hat in Salzburg keinen Platz

Jugend, Frauen und Familie



Jungen Menschen Chancen geben statt zu verbauen

Es ist höchste Zeit, dass die Wünsche junger Menschen und Familien nicht nur stereotyp in Wahlreden vorgetragen werden, sondern in die Realpolitik einfließen. Marlene Svazek weiß als junge Frau wovon sie spricht. Lasst sie für Euch sprechen.

Jugend

Jugend ist unsere Zukunft und Familie garantiert diese Zukunft. Genau deshalb ist es unser oberstes Ziel ideale Rahmenbedingungen für unsere Jugendlichen und ihre Familien zu schaffen, um ihnen einen erfolgreichen Start ins Leben zu ermöglichen. Daher müssen wir insbesondere unsere Jugendlichen aktiv vor Gewalt-, Alkohol-, Nikotin- und Drogenmissbrauch schützen und ihnen Alternativen, vor allem aber zukunftsreiche Perspektiven bieten. Neben qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen stellt vor allem die Attraktivierung der Lehre eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit dar.

Um Jugendlichen und jungen Erwachsenen

ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, muss Wohnen wieder leistbar werden. Denn nur mit einem sicheren Ausbildungs-, beziehungsweise Arbeitsplatz und einem Einkommen zum Auskommen können sich junge Menschen eine stabile Zukunft aufbauen. Für mehr als die Hälfte der Bevölkerung gehört die Gründung einer Familie zum Lebensglück. Der tatsächliche Entschluss eine Familie zu gründen fällt zunehmend schwerer. Diesem, mehr als bedenklichen gesellschaftlichen Trend muss die Politik entschieden entgegenwirken und entsprechende Rahmenbedingungen für Familien schaffen. Diese sollen gestärkt und ermutigt werden, damit sich wieder mehr Paare für Kinder entscheiden können, ohne soziale und finanzielle Belastungen befürchten zu müssen. Die För-



Die Familie ist das Vaterland des Herzens.

*Giuseppe Mazzini (1805 - 1872),
italienischer Anwalt, Politiker, genuesischer
Freiheitskämpfer*

derung, Unterstützung und Entlastung unserer Familien ist für uns essentiell und hat höchste Priorität. Sowohl im Hinblick auf die Freizeitgestaltung, als auch bei der Finanzierung von schulischer und außerschulischer Aus- und Weiterbildung der Kinder in sportlicher sowie musisch-kreativer Hinsicht müssen Familien besser und unkomplizierter unterstützt werden. Jedem Kind muss es ermöglicht werden Sport zu betreiben, ein Instrument zu erlernen, oder ein anderes Talent zu entdecken und weiterzuentwickeln.

Frauen und Familie

Frauen muss der berufliche Wiedereinstieg nach Karenz und Kinderbetreuungszeiten vereinfacht werden. Hier geht es nicht darum Scheindebatten um Quotenregelungen und andere Absurditäten zu führen, oder gar Gleichmacherei und Gleichberechtigung zu verwechseln, sondern anstelle scheinheiliger Alibidiskussionen, Frauen endlich tatsächlich wertzuschätzen, zu entlasten und bei ihren täglichen Herausforderungen entsprechend zu unterstützen. Um Frauen, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen müssen und wollen, auf diesem Weg bestmöglich zu unterstützen, müssen die Öffnungszeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem am Land den echten Bedürfnissen vor Ort angeglichen werden. Vor allem in Ferienzeiten stehen Familien,

die nicht auf den eigenen Familienverband zurückgreifen können, oft vor der Herausforderung, dass sie Arbeit und Kinderbetreuung nicht vereinbaren können. Da externe Kinderbetreuung den Kommunen viel Geld kostet, wollen wir mit den Gemeinden gemeinsam sinnvolle Regelungen zu Gunsten unserer Familien finden - jedoch bedarfsgerecht und dort, wo die Verbesserung der Öffnungszeiten wirklich ein Thema ist.

Wahlfreiheit ist kein Widerspruch, wenn sie ehrlich gelebt wird. Deshalb existiert in Salzburg in der Gemeinde Berndorf ein Modell für echte Wahlfreiheit für Frauen und ihre Familien das halten wir Freiheitliche für ein Vorzeigeprojekt, was die Wertschätzung und Wahlmöglichkeit für eine familieninterne Betreuung betrifft. Basierend auf der Idee des Modells werden Frauen und familieninterne Betreuungen dort wertgeschätzt. Jene Eltern, die das zwei- bzw. dreijährige Kinderbetreuungsgeld beziehen und ihre unter 3-jährigen Kinder familienintern betreuen, sollen zumindest so viel bekommen, wie ein Alleinstehender als Mindestsicherung erhält. Die gegebenenfalls erforderliche Aufzahlung zum Kinderbetreuungsgeld sollte in weiterer Folge jeweils zu einem Drittel von Gemeinden, Land und Bund übernommen werden.

Einige Salzburger Gemeinden haben dieses Modell entweder übernommen oder ein ähnliches Modell in ihrer Gemeinde implementiert. Als FPÖ, die dieses Modell auf Landesebene schon mehrfach gefordert und mittels Anträgen eingebracht hat, stehen wir zu diesem Modell und wollen die Möglichkeit prüfen, Gemeinden, die sich für diesen Weg zur Wertschätzung ihrer Familien entscheiden, auch unterstützen.

So geht Familienpolitik 2.0

- Indexierung der Familienbeihilfe
- Unterstützung heimischer Familien
- Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie optimieren
- Qualifikation statt Quote
- Gleichberechtigung statt Gleichmacherei
- Nulltoleranz bei Gewalt an Frauen

Umweltschutz ist Heimatschutz

„Alles was gegen die Natur ist, hat keinen Bestand!“

Charles Darwin

380kV-Freileitung

Das Land Salzburg ist ein Naturparadies. Es zählt für die Bewohner zu den schönsten und lebenswertesten Regionen der Welt, aber auch für den Tourismus stellt unsere einzigartige Heimat, die wohl wichtigste wirtschaftliche Komponente dar.

Seit Jahrhunderten pflegen und hegen die Salzburger dieses Juwel. Doch während frühere Landeshauptmänner sich dem Raubbau diverser Energiekonzerne an der Natur entgegenstellten, droht uns in naher Zukunft der Anblick von weiteren monströsen Strommasten durch das gesamte Land Salzburg. Besonders grotesk in diesem Zusammenhang war leider auch die Ansage der grünen Landeshauptmann Stellvertreterin Astrid Rössler, die versicherte, mit ihr würde diese Leitung nicht entstehen. Wenn jemand ein solches Versprechen abgibt, muss dieses auch gehalten werden.

Trotz der eindeutigen Expertise im Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung, dass die Auswirkungen der Stromleitung auf die Natur als bedeutend nachteilig einzustufen sind und der Behörde eine Bewilligung des Vorhabens nicht empfohlen wird, treibt die derzeitige schwarz-grüne Landesregierung ohne Rücksicht auf den Eingriff in die Naturlandschaft das Projekt voran. Die Änderung des Naturschutzgesetzes hat das Seinige dazu beigetragen, dass die Zerstörung der Natur nun durch Ausgleichsmaßnahmen gerechtfertigt werden und der Naturschutz somit käuflich geworden ist. Die Natur wird von beiden Regierungsparteien unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit und unter Druck der Energiekonzerne geopfert und fast 100 Meter hohe Masten werden bei Umsetzung die

Landschaft von Elixhausen über den Pongau bis hinein nach Kaprun zerschneiden.

Wir können zwar nicht versprechen, diese Leitung noch zu Fall zu bringen, die Salzburger Freiheitlichen erteilen der 380kV-Hochspannungsfreileitung aber eine klare Absage und werden alles uns Mögliche unternehmen, diese Leitung noch zu verhindern, wohingegen ÖVP und Grüne den Naturschutz und unsere Lebensgrundlage mit Füßen treten.

Steinbruch am Lidaun

Der geplante Steinbruch am Lidaun in der Faistenau ist die nächste Natursünde, die begangen werden soll. Während sich die Gemeinde Faistenau mit Unterstützung aller politischen Fraktionen gegen diesen nur 500 Meter vom Kirchturm entfernten Wahnsinn wehrt, zieht sich das Land Salzburg mit ÖVP und den Grünen gänzlich aus der Verantwortung und lässt Faistenau im Stich. Die Angst vor Lärm und Staub, dem ansteigenden Schwerverkehr, um die touristische Entwicklung der Region und vor allem um die nachhaltige Zerstörung der Natur und damit auch die Zerstörung von Lebensgrundlagen wie etwa von Versorgungsquellen sind berechtigt und müssen ernst genommen werden. Landeshauptmann Haslauer sieht das Projekt nun nach Jahren des erbitterten Kampfes der Faistenauer endlich auch kritisch - das reicht uns aber nicht, wissen wir doch, dass diese



Regierung in für die Bevölkerung wichtigen Themen im Zweifelsfall immer den Weg des Nutznießers all dieser grotesken Vorhaben gegangen ist. Die FPÖ Salzburg steht hinter der Faistenauer Gemeinde und ihrer Bevölkerung

und stellt sich klar und deutlich gegen diesen geplanten Steinbruch. Wir fordern zudem endlich die Umsetzung eines vernünftigen Rohstoffplans für Salzburg. Der Lidaun darf nicht angetastet werden.

So schützen wir unser Land!

- Nein zur 380kV-Freileitung
- Nein zum Steinbruch am Lidaun

Land und Forstwirtschaft Jagd und Fischerei

„Bauer sein, das ist kein Job, sondern eine Aufgabe.
Bauern denken in Generationen.“

Jochen Borchert

Unser Verständnis von Nachhaltigkeit und Verantwortung reicht über die Gegenwart hinaus. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen und ergänzen einander.



Die Land- und Forstwirtschaft, sowie unsere Jäger erbringen für die Gesellschaft eine Vielzahl von unverzichtbaren Leistungen. Sie sind tragende Wirtschaftszweige in Österreich. Sie versorgen die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen, naturnahen und gesunden Lebensmitteln. Die Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze und die Politik muss die passenden Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Für die Gesundheit und Pflege der Wälder sorgen seit Generationen größtenteils private Waldbesitzer, Landwirte und Jäger. Dank ihrer verantwortungsvollen Bewirtschaftung wird nur so viel Holz geerntet wie nachwächst. Durch umsichtiges Waldmanagement gewährleisten sie die Versorgung mit sauberem Trinkwasser und den Schutz vor Lawinen und Muren. Zudem bewahrt die österreichische

Forstwirtschaft durch sorgfältiges, naturnahes Wirtschaften die Artenvielfalt unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt.

Da die folgenden Themen untrennbar miteinander verbunden sind und sich viele Interessen hier überschneiden, möchten wir sie unter diesem Schirmkapitel zusammenfassen.



*Wir sollten uns bemühen,
nachfolgenden Generationen
kein abgeerntetes,
sondern ein bestelltes Feld zu
überlassen.*

Helmut Glaßl (1950), Thüringer Aphoristiker



Viele Landwirte und Landwirtinnen fühlen sich von der bisherigen Agrarpolitik schlecht vertreten. Im Jahr 1990 zählte man ca. 217.500 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich. Mit dem Stichtag am 31. Oktober 2016 waren es nur mehr 161.200 Betriebe. Das entspricht einem Rückgang von ca. 30 Prozent.

Bis zum Jahr 2025 rechnet man damit, dass weitere 25 Prozent den Betrieb schließen werden. Da die Landwirtschaft auch Arbeitskraft bedeutet, wird dies auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Allgemeinen haben. Typisches Merkmal für die österreichische Landwirtschaft ist die Kleinstrukturiertheit, der hohe Grünlandanteil und die große Anzahl an Biobetrieben. Aufgrund des höheren Anteils an Flächen im Alpenvorland, in den Voralpen und in den Hochalpen trifft dies für Salzburg in einem noch größeren Ausmaß zu. Salzburg gilt im Vergleich mit der Landwirtschaft der Europäischen Union zu Recht als die „Öko-Region Europas“.

In Salzburg nehmen mehr als 84 Prozent der

aktiven landwirtschaftlichen Betriebe am „Österreichischen Programm für eine Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft“ (ÖPUL) teil. Insgesamt werden im Rahmen dieses Programms 96 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzflächen ohne jeglichen Einsatz von leichtlöslichen Handelsdüngern und Pflanzenschutzmitteln bewirtschaftet. Die Qualität unserer regionalen Produkte muss gefördert und im Sinne der Nachhaltigkeit erhalten werden. Wir sprechen uns für eine vernünftige Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft im Sinne unternehmerischer Freiheit aus. Das ist mit gentechnisch veränderten Organismen unmöglich. Die Freiheitlichen stehen klar gegen manipuliertes Saatgut und gegen den Einsatz von Glyphosat. Unsere Landwirte müssen derzeit sehr hohe Werbebeiträge an den Agrar-Markt Austria (AMA) abliefern. Die Produkte mit dem AMA-Siegel, die höchste österreichische Qualität sichern, sind in der Zwischenzeit aber günstiger als die Ei-

SICHERE ZUKUNFT FÜR SALZBURG

genmarken der Supermarktketten. Wir wollen faire Preise für heimische Qualitätsprodukte und für unsere Milchbauern durchsetzen. Damit wir auch zukünftig eine sinnvolle und nachhaltige Landwirtschaft erhalten können, ist eine Verlagerung der Landwirtschaftskompetenzen von der EU zurück zu den Ländern sehr wichtig. Es braucht stabile Rahmenbindungen hinsichtlich GAP, ÖPUL, EU-Bio-Verordnungen, „Natura2000“, Tierschutz etc. Dafür ist eine starke Zusammenarbeit in den verschiedenen Interessensvertretungen notwendig. Derzeit steht eine Liste von 30 weiteren, sogenannten „Natura 2000“- Schutzgebieten im Raum. Die Freiheitlichen befürchten hier eine stille Enteignung der heimischen Bauern. Durch den Nationalpark „Hohe Tauern“ sind

hier unter anderem die Landwirte in Salzburg, Tirol und Kärnten stark betroffen. „Natura 2000“ Gebiete sind nur dann sinnvoll, wenn die Landwirte als Grundeigentümer in die geplante Grenzziehung eingebunden sind. Das Land muss garantieren, dass die bisherige Wertschöpfung der Landwirte nicht beeinträchtigt wird. Wir fordern einen Neustart der Biotopkartierungen unter Einbeziehung der Grundeigentümer und der Landwirtschaftskammer. Bauer zu sein ist ohne Zweitberuf heutzutage nicht mehr möglich, sie sind die kostbaren Landschaftsgärtner. Sie pflegen und hegen das Salzburger Landwirtschaftsbild. Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und Nebenerwerbsbauern müssen vor den Verzerrungen der ausufernden Agrarförderpolitik der EU geschützt werden.

Den Freiheitlichen ist das Bremsen bzw. Stoppen des Bauernsterbens zu wenig. Die Erhöhung des Einheitswertes bzw. die dadurch erhöhte Beitrags- und Gebührenbelastung muss für die Bauern, insbesondere im Berggebiet, massiv abgefedert werden. Wir wollen die Landwirtschaft auch für nachkommende Generationen wieder attraktiv machen, sodass unsere Bauern nicht gezwungen werden ihren Hof aufzugeben, sondern vielmehr wieder viele junge Menschen diesen, für unsere Gesellschaft so wichtigen Beruf, ergreifen. Bäuerinnen und Bauern, die ihr Leben lang auf dem Hof gearbeitet haben und somit einen unschätzbaren Beitrag zur österreichischen Volkswirtschaft beigetragen haben, erhalten heute im Durchschnitt ca. 760 Euro Pension. Wir stehen für faire Bauern-Pensionen, statt Aushöhlung der österreichischen Landwirtschaft.

Salzburger Jäger

Die Salzburger Jägerschaft ist seit Jahrhunderten untrennbar mit der Landwirtschaft verbunden. Die Jagd ist ebenfalls ein tragender Wirtschaftsfaktor in Österreich. Die Jäger sind für die Erhaltung und die Pflege des Waldes und des Salzburger Wilds unersetzlich. Zu den Aufgaben der Jäger gehört es für den Erhalt einer artenreichen, wildlebenden Tierwelt zu sorgen. Ebenso ist es ihre Aufgabe Wildbestände an die wirtschaftlich tragbare Biotopkapazität anzupassen und Hegemaßnahmen wie z.B.: artgerechte Fütterung in Notzeiten





durchzuführen. Jäger organisieren Kitzrettungsaktionen um Mähverluste zu vermeiden und bringen Wildwarnreflektoren zur Verhinderung von Verkehrsunfällen an.

Sie achten auf die Prävention von Wildtierkrankheiten und tragen Sorge für einen ausgeglichenen Wildbestand. Die Jägerschaft möchte das Verständnis für Wildtiere und deren Lebensraum fördern.

Die Förderung eines umweltbewussten Freizeitverhaltens in der Gesellschaft ist ein großes Anliegen der Jägerschaft (Aktion: Respektiere deine Grenzen und Schau-Wildfütterungen z.B.: im Pinzgau).

Die Freiheitlichen stehen daher voll und ganz hinter der Salzburger Jägerschaft und allen verantwortungsbewussten und rechtschaffenen Jägerinnen und Jägern. Uns ist es wichtig, dass die jahrhundertelange Tradition der Jagd, die untrennbar zu Salzburg gehört und für dieses Bundesland wichtig ist, durch nichts und niemanden angegriffen und ausgehöhlt wird.

Auf Salzburg werden künftig Herausforderungen im Wildtier- und Naturbereich zukommen, die klarer politischer Entscheidungen bedürfen und bei denen schwarz-grüne Kompromisse fehl am Platz sein werden.

Die FPÖ steht aktiv hinter den etwa 10.000 Jägerinnen und Jägern in Salzburg und hinter der Salzburger Jägerschaft als solches. Wir streben eine Änderung des Landesjagdgesetzes an, um auf die Bedürfnisse der Region und den Anforderungen des Artenschutzes entsprechend reagieren zu können. Das Landesjagdgesetz ist kein Ort für faule Kompromisse oder politische Abtausche - hier geht es um unsere Natur und Artenvielfalt. Daher braucht es eindeutige und klare politische Entscheidungen.

Fischerei

Die Fischerei ist ebenfalls ein wichtiger Teil der heimischen Agrarwirtschaft. Durch den unermüdlchen Einsatz der Fischer und deren Dachverbänden sind die heimischen Feucht-

biotope erhalten geblieben. Die heimischen Fischbestände sind allerdings vielerorts bedroht. Die Fischbestände gehen durch die Wasserverschmutzung und die Flussverbauung immer weiter zurück. Das natürliche Gleichgewicht sollte nicht Opfer falsch verstandenen Tierschutzes werden.

Tier- und Umweltschutz

Die FPÖ besteht darauf, dass der verfassungsrechtlich als Staatszielbestimmung eingeführte Tierschutz umfassend umgesetzt wird. Wir wollen weg von der Massentierhaltung hin zu einem respektvollen Umgang mit unseren Tieren. Sinnvolle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Tierhaltung führen und künftige Tierhalter aufklären, sind zu unterstützen. Gerade Kinder und Jugendliche müssen früh erfahren, dass Tiere keine „Wegwerfartikel“ und auch keine Sache, sondern Lebewesen sind. Tierschutz muss integraler Bestandteil der schulischen Ausbildung werden. Wir verwehren uns jedoch dagegen, dass Tierschutz falsch verstanden und für fragwürdige Zwecke ent-

fremdet wird. Tierschutz bedeutet ein respektvolles Miteinander von Mensch und Tier in allen Lebensbereichen, privat, in der Landwirtschaft, in der Jagd und auch überall sonst, wo wir mit Tieren leben, aber auch regulierend in die Tierwelt eingreifen (müssen).

Erneuerbare Energien

Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Kraftstoffe können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden. Wir stehen für den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke und lehnen die Nutzung der Kernkraft ab. Enorme Mittel von österreichischen Steuerzahlern fließen in einen höchst umstrittenen EURATOM-Vertrag, mit dem unter anderem der Ausbau von Kernkraft in unseren Nachbarländern gefördert wird.

So grün sind wir!

- Naturschutz ist Heimatschutz
- Kein Ausverkauf des heimischen Wassers
- Keine Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
- Generelles Schächtverbot
- Pro Jagd – mehr Bio geht nicht
- Schutz der Artenvielfalt
- Kein Strom aus Atom
- Naturschutz in einer Partnerschaft von Landwirtschaft, Wirtschaft, Jagd und Fischerei
- Biodiversität bei Lebensmittel für nachfolgende Generationen erhalten
- Kein Glyphosat



Verkehr und Infrastruktur

Wer Straßenschilder lesen kann,
muss noch nichts vom Verkehr verstehen.

Heimito Nollé (*1970), Medienanalyst

Stauhauptstadt 2017

Die Verkehrsproblematik wurde den Salzburgern 2017 mehr als deutlich vor Augen geführt, da die Landeshauptstadt den unrühmlichen Titel Stauhauptstadt Österreichs einheimste. Alleine jedes Jahr stehen die Salzburger 112 Stunden im Stau.



Doch nicht nur das tägliche Verkehrsaufkommen in der Stadt Salzburg zeigt die fehlgeschlagene Politik der Landesregierung. Die logistisch nicht optimal durchgeführten Grenzkontrollen auf der Autobahn am Walsberg führen zu Stau, Ausweichverkehr verstopft die Umlandgemeinden und der Wirtschaft entsteht ein beträchtlicher Schaden. Die Forderung der Grünen, das Verkehrsressort im Land übernehmen zu wollen, grenzt angesichts der jahrelangen absurden Verkehrspolitik der Bürgerliste in der Stadt Salzburg, und der grünen Errungenschaften im Verkehrschaos in Wien, an eine gefährliche Drohung.

Straßensanierung

Im gesamten Bundesland gilt es die Versäumnisse einer Einsparungspolitik auszubessern. Auch der damalige Verkehrslandesrat Haslauer setzte keine Akzente, bis heute. Die Landesregierung kam den Aufforderungen des Bundesrechnungshofes nicht nach, dringende Straßensanierungen durchzuführen. Mittlerweile befinden sich über 30 Prozent des Salzburger Straßensystems in einem schlechten, beziehungsweise sehr schlechtem Zustand. Aufgrund der Flüchtlingskrise wurde obendrein das Straßenbudget 2016 nochmals um ein Drittel gesenkt, um weitere Geldmittel für die Vollversorgung von Asylwerbern zur Ver-



fügung zu haben. Straßenbau und deren Sanierung muss in Zukunft oberste Priorität haben, denn je länger wir warten und zuschauen, umso schlechter wird zum einen der Zustand unserer Straßen und umso teurer wird zum anderen die Sanierung. In ein paar Jahren braucht Salzburg eine ganzheitliche Sanierungsoffensive, die uns viel Geld kosten wird, wenn wir nicht jetzt damit beginnen. Die enge Zusammenarbeit mit dem freiheitlich geführten Verkehrs- und Infrastrukturministerium unter Norbert Hofer hat bereits Erfolge erzielen können. Die Änderung der Mautordnung - Gratis-Vignette - für alle Helferorganisation mit Blaulichtbescheid wurde auf Intervention der FPÖ-Salzburg erreicht.



*Der morgendliche Auto-Stau:
Man muß immer früher starten,
um zu spät zu kommen!*

*Willy Meurer (1934),
deutsch-kanadischer Kaufmann*

IG-L

Wir kritisieren die Temporeduktion auf der Stadt- und Tauernautobahn unter dem fadenscheinigen Vorwand des Immissionsgesetzes Luft, das nachweislich aufgrund der unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Autos und Lastwagen der Verkehrssicherheit schadet, auf das Schärfste. In vollem Bewusstsein dieser Problematik setzt die Landesregierung Leib und Leben der Autofahrer aufs Spiel, unter

dem Deckmantel des Umweltschutzes. Die Tempo-Schikane, die nur minimalste Verringerungen der Feinstaubbelastung mit sich bringt, steht in keinem Verhältnis zum Gefahrenpotential, das sie auslöst. Dabei wird die grüne Handschrift unter schwarzer Duldung klar sichtbar. Die Bevölkerung wird ideologisch in „gute“ und „böse“ Verkehrsteilnehmer eingeteilt und der motorisierte Individualverkehr wird schikaniert und abgezockt. Mit der FPÖ gehören der IG-L 80er und der IG-L 100er der Geschichte an.



*Es ist schon ein großer Fortschritt,
den Willen zum Fortschritt zu haben.*

Seneca, römischer Philosoph

Öffentlicher Verkehr

Mobilität ist in unserer Welt unentbehrlich. Denn sie eröffnet viele Chancen wie zum Beispiel neue Absatzmärkte für Unternehmen, mehr Flexibilität für Arbeitnehmer oder unbegrenzte Reisemöglichkeiten für Urlauber. Für immer mehr Menschen ist Mobilität auch Ausdruck individueller Freiheit und Lebensqualität. Den Ausbau des öffentlichen Verkehrs samt preisgünstigem Jahresticket hat die Landesregierung aber verschlafen. Überfüllte öffentliche Verkehrsmittel sowie verlängerte Intervalle zeigen den mangelnden Ausbau, unter dem die Pendler zu leiden haben. Der Umgang seitens der Betriebe, an denen das

Land beteiligt ist, mit O-Busfahrern, die für die Sicherheit der Fahrgäste verantwortlich sind, lässt zu wünschen übrig. Eine günstige Jahreskarte um € 365 - wie es bereits in Tirol der Fall ist - für das Bundesland Salzburg in Kombination mit einem attraktiven öffentlichen Verkehr bringt die Autofahrer dazu, das eigene Fahrzeug gegen Bus oder Bahn zu tauschen. Genauso notwendig ist die Erweiterung der Busse von der Landeshauptstadt in die Umlandgemeinden. Dadurch beruhigt sich die Verkehrslage, denn die Autofahrer zu bestrafen ist der falsche Weg, sie mit attraktiven Angeboten zu motivieren, aus unserer Sicht der richtige. Jedoch ohne Investitionen verharrt die Landesregierung im alten Trott und der

Individualverkehr beschert uns das tägliche Stauchaos. Visionäre Ideen und die Bereitschaft zur Veränderung suchte man in den letzten fünf Jahren vergebens, deshalb fordern wir ein Gesamtmobilitätskonzept für Salzburg und eine Einigung zwischen Stadt und Land.

Park & Ride und Mönchsberggarage

Es wäre an der Zeit, konstruktiv an Raumordnungs- und Verkehrskonzepten zu arbeiten, die eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten ergeben und nicht, sich in ideologischen Grabenkämpfen zu verlieren. Eine Kombination aus gratis Park & Ride Plätzen am Stadtrand samt günstigem Busticket und der Ausbau der gebührenpflichtigen Mönchsberggarage widersprechen sich nicht. Eine Verbots- und Verhinderungspolitik verzögert aber die politischen Prozesse und Leidtragende sind im Endeffekt wiederum die Bürger, die über Jahre hingehalten, getröstet und letztendlich durch das politische Hickhack enttäuscht werden.

Millionengrab durch den Gitzen

Das 200 Millionen Euro Projekt Gitzentunnel schien für die Landesregierung das Allheilmittel hinsichtlich des Verkehrs im nördlichen Flachgau zu sein. Während nicht ausreichend Geld für die Sanierung der maroden Landstraßen budgetiert wurde, planen Haslauer und Co. ein vorprogrammiertes finanzielles Desaster, das nicht einmal die Verkehrslösung verbessern, sondern den Stau lediglich umverteilen würde. Der Gitzentunnel steht mittlerweile für Verschwendung von Steuergeld, ohne die Verkehrsproblematik wirklich zu lösen. Seit Jahren fordern die Freiheitlichen den Ausbau der Anschlussstelle Hagenau samt umliegender Infrastruktur, anstatt das Millionengrab durch das Naherholungsgebiet Gitzen, das in Form von teurer und fragwürdiger PPP-Finanzierung (Public Privat Partnership) noch unsere Kinder und Kindeskiner abzahlen müssten, weiter zu verfolgen. Alleine Gutachten und Probebohrungen kosteten den Steuerzahler bis jetzt 1,5 Millionen Euro. Obwohl das Geld für den Ausbau des Viertelanschlusses Hagenau vorhanden ist und die Emissionsmessungen deutlich unter dem Grenzwert liegen, klammert sich die verkrustete Haslauer-ÖVP mit ihren grünen Mehrheitsbeschaffern an ihr Prestigeprojekt, anstatt den Weg für zukunftsorientierte Verkehrslösungen freizu-





machen. Die FPÖ steht für eine rasche Umsetzung des Autobahnvollanschlusses Hagenau, den Ausbau der Salzburger Lokalbahn mit attraktiven Park & Ride Plätzen, sowie den weiteren Ausbau des ÖPNV im Flachgau samt S-Bahn Erweiterung.

Gebirgsgaue ersticken im Stau

Besonders dramatisch stellt sich die Verkehrslage im Innergebirg dar, denn nicht nur während der saisonal bedingten Mehrbelastung zur Hauptreisezeit müssen die Autofahrer viel Geduld aufbringen. In den letzten fünf Jahren wurden jedoch alternative Lösungsansätze verschlafen und dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs in Form günstiger Jahrestickets, allgemein der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Straßensystems, Aufklärungsmaßnahmen hinsichtlich Fahrgemeinschaften und Entschärfungen von

Schlüsselstellen wie in Zell am See müssen in Zukunft Vorrang haben. Es kann nicht sein, dass aus persönlichen Wertigkeiten der schwarz-grünen Landesregierung allgemein nützliche Infrastrukturmaßnahmen finanzielles Opfer des Gitzentunnels werden.

In Zukunft müssen in Salzburg die Salzburger wieder im Vordergrund stehen. Prestigeprojekte des Landeshauptmannes oder einzelner Regierungsmitglieder haben niemals die Berechtigung, notwendige Maßnahmen zu übertrumpfen. Sowohl die Entlastung der Ortskerne durch Umfahrungen muss verfolgt, als auch der öffentliche Verkehr dermaßen attraktiviert werden, dass der Umstieg vom Privatauto als echte Alternative wahrgenommen wird. Vor allem in das Straßenverkehrsnetz im Pinzgau und Pongau muss investiert werden und eine Lösung für Zell am See/Schütteldorf gefunden werden.

So fährt Salzburg!

- 365 € – Jahresticket für ganz Salzburg
- Weg mit der IG-L Beschränkung
- Vollanschluss Hagenau statt Gitzentunnel
- Ausbau der Infrastruktur im Innergebirg
- Park & Ride – Parkplätze in Kombination mit günstigen Öffi-Ticket
- O-Buserweiterung der Umlandgemeinden an die Landeshauptstadt
- Ausbau der Stadtreionalbahn
- Überparteiliches Verkehrsgesamtkonzept

Tourismus

Mit 3.795.967 Nächtigungen (lt. Statistik im Jänner 2018) ist der Tourismus das wirtschaftliche Hauptstandbein in Sachen Beschäftigung und Wohlstand in Salzburg. Die Hotels waren an 290 Tagen im Jahr gefüllt.



Der Tourismus, der Salzburg weltweit bekannt gemacht hat und für Salzburg, wie wohl kein zweites Bundesland, steht, sichert nicht nur Arbeitsplätze, sondern ist vor allem einer der wichtigsten und chancenreichsten Erwerbszweige. Das Tourismusjahr 2016/17 brachte für Salzburg neue Rekorde und es wurden 28,1 Millionen Nächtigungen erzielt. In Summe sind die Zahlen erfreulich, für manche aber auch ein Grund zur Sorge. Vor allem der Städtetourismus boomt. Das Online-Buchungssystem für Reisebusse muss kontrolliert werden, denn die 50.000 Reisebusse sind für die Stadt zu viel. Einer Monopolstellung von großen Reisebusbetrieben muss entgegengewirkt werden.

Der Fremdenverkehr hat im Winter eine eminent wichtige Funktion: Jeder vierte Arbeitsplatz befindet sich im Jänner in der Tourismusbranche. Aber auch im Sommer ist fast jeder fünfte Arbeitsplatz im Tourismus zu

finden. Trotz unzähliger Verordnungen und völlig ausufernder bürokratischer Hürden und Belastungen, entwickelt sich der heimische Tourismus - allen voran den vielen Gastronomen und Hoteliers sei Dank - insgesamt durchaus positiv. Dennoch darf man sich keinesfalls auf den hart verdienten Lorbeeren ausruhen. Um im stetigen, internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen zu können gilt es neben dem Erhalt und der Festigung bestehender Märkte, auch neue, aufstrebende Märkte zu erschließen und die sich bietenden Chancen optimal zu nutzen. Durch effektives, gezieltes und ökonomisches Bewerben und Vermarkten sich bietender individueller, regionaler Besonderheiten, Qualitäten und Spezialitäten kann und soll Salzburg zunehmend an Attraktivität gewinnen und somit den gesamten Tourismus weiter fördern und ausbauen. Hier gilt es seitens der Politik bestmögliche Rahmenbedingungen, nicht zu Letzt durch Bürokratieabbau, Vereinfachung

und Transparenz des Förderdschungels, Ausbau der Infrastruktur, Abbau von Investitionshürden und überbordenden Auflagen und Belastungen, sicherzustellen und den heimischen Tourismus, als wesentlichen Motor der Salzburger Wirtschaft zu entlasten und vor allem kleinere Regionen zu unterstützen. Um all diese Herausforderung meistern zu können bedarf es jedoch entsprechend gut ausgebil-

detem Personal, das derzeit an allen Ecken und Enden fehlt. Hier wird es nicht nur höchste Zeit die Lehrberufe im Tourismus aufzuwerten, sondern vor allem gilt es eine, längst überfällige, umfangreiche, tiefgreifende und weitreichende Personaloffensive zu starten um Salzburg als Vorreiter in der Tourismus-Ausbildung zu etablieren und dem chronischen Personalmangel entgegenzuwirken.

So lässt's sich erholen!

- Salzburgs Charme und regionalen Charakter erhalten
- Tourismusregionen vor allem im Ausbau des Sommertourismus unterstützen
- Tourismusberufe attraktivieren
- Salzburg als Vorreiter in der Ausbildung touristischer Spitzenfachkräfte etablieren



Marlene.
Muss man mögen.